



Hubert Hafner:

Wo es sich wohnen und leben lässt

Günzburgs Landrat zeigte sich erfreut über die Resultate des „Prognos-Familienatlas 2005“, der seiner Region positive Indikatoren zuschreibt. **Seite 7**



Alois Glück:

Vordenker mit Gespür für die Themen von morgen

Zum 65. Geburtstag des Landtagspräsidenten würdigte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber die zahlreichen Verdienste des CSU-Politikers. **Seite 2**



Dr. Peter Kahn:

Staub aufgewirbelt und Spuren hinterlassen

Im Rahmen einer Feierstunde wurde der langjährige stellvertretende Vorstandsvorsitzende der BayernLB in den Ruhestand verabschiedet. **Seite 5**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, 3. Februar 2005

56. Jahrgang / Nummer 3



Spitzentreffen: Die Minister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser und Dr. Günther Beckstein, Alt-OB Josef Deimer, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude und Minister Erwin Huber.

Verabschiedung Josef Deimers als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags:

„Wie die Alpenkette ohne Zugspitze“

Exakt 10.761 Tage bekleidete Landshuts Altoberbürgermeister Josef Deimer das Amt des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags. Nun wurde er nach fast 30 Jahren erfolgreichen Wirkens bei einer Feierstunde im Alten Rathaus in München aus seinem letzten wichtigen politischen Amt verabschiedet.

Innenminister Dr. Günther Beckstein, der in Vertretung von Ministerpräsident Edmund Stoiber die Festansprache hielt, erklärte, seit 1975 habe Deimer die bayerische Kommunalpolitik als kritischer aber konstruktiver Begleiter entscheidend mitgeprägt. Er bezeichnete Josef Deimer als hartnäckigen „bayerischen Querdenker“ und als „politisches Schwergewicht ersten Ranges“, der es der Bayerischen Staatsregierung nicht immer leicht gemacht habe.

be, auch komplizierte Sachverhalte prägnant und anschaulich darzustellen. Einen „Schmusekurs“ gegenüber der Staatsregierung habe man von ihm nicht erwarten können.

Fairer Partner

Beckstein hob hervor, dass die Zusammenarbeit mit Deimer dabei aber stets von sachlicher Auseinandersetzung und dem Ringen um die besten Lösungen

geprägt war. „Oberbürgermeister Deimer war immer ein fairer, konstruktiver und hochkompetenter Partner, der trotz aller Vehemenz und Härte auch fähig zu Kompromiss und Einigung war“, so Beckstein.

Der Innenminister verwies darauf, dass die Einführung des strikten Konnexitätsprinzips im Verfassungsrang eng mit dem Namen des scheidenden Städtetagsvorsitzenden verbunden bleibt. „Deimer ist nie müde geworden darauf hinzuweisen, dass Probleme nicht mit anderer Leute Geld gelöst werden können. Immer wieder hat er mahnend in die Diskussion eingegriffen, wenn der Staat aus seiner (Fortsetzung auf Seite 4)

Unkonventionell, unbequem und provozierend

Seine Gedanken seien vielfach unkonventionell, manchmal unbequem und provozierend gewesen. „Dies war stets verbunden mit einer gehörigen Portion Angriffslust, mit der Fähigkeit, andere zu mobilisieren und der Ga-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Stewens zur Studie über Familienfreundlichkeit:

Hohe Lebensqualität für Familien in Bayern

Als „glänzendes Zeugnis für die Familienfreundlichkeit Bayerns“ hat Familienministerin Christa Stewens die von der Prognos AG in Zusammenarbeit mit dem Bundesfamilienministerium und der Wochenzeitschrift „Zeit“ vorgestellte Studie zur Familienfreundlichkeit in Deutschland bezeichnet.

Danach sind es vor allem die süddeutschen Kreise, in denen die Rahmenbedingungen für Eltern und Kinder stimmen, was die Wissenschaftler an statistischen Daten festmachen, u.a. der Geburtenrate, dem Zuzug von jungen Familien, den Bildungschancen für Jugendliche und dem Angebot an Teilzeitstellen.

Dazu Frau Stewens: „Um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu verwirklichen, müssen wir ein umfassendes Konzept anbieten. In Bayern setzen wir neben dem konsequenten weiteren Ausbau der Kinderbetreuung auf die Stärkung der Wahlfreiheit der Eltern und unterstützen junge Mütter und Väter mit einem eigenen Landeserziehungsgeld. Deshalb ist auch die Idee der Bundesfamilienministerin, für Erwerbstätige ein Elterngeld einzuführen, genau der falsche Weg. Dieses Elterngeld wäre einseitig erwerbsorientiert und verkürzt das wichtige Anliegen, die Wahlfreiheit zu stärken.“

Als weiteres Kernelement der bayerischen Familienpolitik bezeichnete die Ministerin die Stärkung der Familienfreundlichkeit in Unternehmen. Familienfreundliche Maßnahmen wie flexible Arbeitsmodelle, Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, oder eine kurzzeitige Beschäftigung während der Familienpause bedeuten Mehrwert für zahlreiche Unternehmen. Genau hier setze das gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) finanzierte Projekt „Familienbewusste Arbeitswelt - Betriebliche Beratung“ an (vgl. Seite 7).

Bayerischer Landkreistag befürchtet:

Der Selbstverwaltung droht Gefahr

Präsident Zellner verweist auf unendliche Ausgabenspirale

Die finanzielle Lage der Kommunen in Bayern ist nach Auffassung des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner (Cham), so dramatisch, dass sich die Frage der Verfassungsmäßigkeit stellt. 45 Prozent der Kommunen könnten derzeit keinen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen, erläuterte Zellner vor der Presse in München.

Der Präsident verwies darauf, dass die Kommunen Anspruch auf eine aufgabenangemessene Finanzausstattung hätten, da sonst die gesetzlich verankerte Finanzhoheit und mit ihr das kommunale Selbstverwaltungsrecht verletzt würden. Insbesondere im sozialen Bereich drehe sich die Ausgabenspirale ohne Ende. Zellner berichtete von zahlreichen Popularklagen, die insbesondere oberbayerische und schwäbische Gemeinden gegen die ihrer Meinung nach ver-

fassungswidrig dürftige Finanzausstattung erheben wollten.

800 Millionen Euro weniger

Nach Zellners Ausführungen haben innerhalb von nur drei Jahren die Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen um 800 Mio. Euro abgenommen. Das geringe Wirtschaftswachstum und die Steuerreformstufen 2004 und 2005 ließen trotz der Senkung der Gewerbesteuerumlage und ersten Meldungen über Ein-

nahmeverbesserungen im Bereich der Gewerbesteuer nicht den notwendigen Anstieg bei den Steuereinnahmen erwarten. Dem gegenüber kletterte der Anteil der Sozial- und Jugendhilfegeldern an der Umlagekraft von 43,4 % in 2001 auf voraussichtlich 56,2 % in 2007. Damit müssten die bayerischen Kommunen mehr als die Hälfte ihrer Steuereinnahmen für gesetzlich normierte kommunale Sozialausgaben verwenden.

Defizite durch Hartz IV

Eine zusätzliche Belastung in Höhe von rund 200 Mio. Euro ergebe sich durch Hartz IV, fuhr Zellner fort. Ungewiss sei, ob diese Defizite mittels der Revisionsklausel schon zum 1. März oder erst zum 1. Oktober 2005 vom Bund ausgeglichen werden. Alarmierend sei auch die Tatsache, dass die Ausgaben für die Eingliederungshilfe der Bayerischen Bezirke zwischen 1995 und 2002 von 890 Mio. Euro auf 1,4 Mrd. Euro angestiegen seien. Kostensteigernd wirkte sich vor (Fortsetzung auf Seite 4)

Faltthäuser befreit Kommunen von der „Solidarumlage“:

Übertragung auf den Staatshaushalt

Kein Veto des Landtags zu erwarten / Ab 2008 geht es um geschätzte mindestens 120 Millionen Euro

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser hatte während des traditionellen Spitzengesprächs über den kommunalen Finanzausgleich 2005 den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände im Juni 2004 in Aussicht gestellt, die von ihren Mitgliedern abgeführte Solidarumlage von der Staatskasse übernehmen zu lassen. Wenn der Landtag bei der Beratung des Staatshaushaltes 2006 zustimmt, bringt das nach Ablauf der von Faltthäuser vorgesehenen dreijährigen Übergangsfrist Städten und Gemeinden per anno mindestens 120 Millionen Euro Entlastung.

Im Finanzministerium heisst es dazu erläuternd: „Die bayerischen Kommunen werden auf diese Weise dauerhaft bis zum Ende des Solidarpakts II im Jahr 2019 von einem beachtlichen Teil der Lasten der deutschen Einheit befreit. Damit verschiebt sich die Grenze zwischen Freistaat Bayern und Kommunen bei der Finanzierung der deutschen Einheit ganz entscheidend zugunsten der Kommunen.“ Diese sind allerdings damit längst noch nicht aus dem Schneider. Über die erhöhte Gewerbesteuerumlage führen sie weiter beachtliche Summen in dreistelliger Millionenhöhe zugunsten der neuen Bundesländer ab, in diesem Jahr voraussichtlich 446 Millionen Euro. Das gilt ebenfalls als Solidarumlage.

Prozent des von Bayern aus aufzubringenden Stützungsbeitrages für die neuen Bundesländer. Die anderen 62 Prozent muss Faltthäuser aus seiner Kasse besteuern.

Abschlussrechnung in zwei Jahren

Die jeweilige Abschlussrechnung steht erst mit zweijähriger Verspätung fest. Solange dauert es, bis den Finanzbehörden von Bund und Ländern das tatsächliche Steueraufkommen zur ab-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Sichtlich genervt zeigt sich der Bürgermeister von der anhaltenden Diskussion über Nebeneinkünfte von Politikern und die Angemessenheit von Gehältern. Aber der Neid, so meint die Vorzimmerperle, ist halt eine mächtige Gefühlslage in unserem Land und Triebfeder für allerlei Unsinn. Oder wie Shakespeare zu sagen pflegte: „Neid erzeugt gehässige Irrung.“ **Seite 11**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Keine weiteren Kürzungen für Krankenhäuser	Seite 2
Modellprojekt Kommunale Gleichstellungsstellen	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Wir brauchen mehr Möglichkeiten für Initiativen	3
Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“	3
Erfolgreiche bayerische Spielbanken	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5 - 7
Kommunaler Bau	7/8
Kommunalfahrzeuge/Handwerk	9/10
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Sozialetat verabschiedet:

Keine weiteren Kürzungen für Krankenhäuser

Sozialministerin Stewens propagiert Reformpolitik für bedarfsgerechte Angebote - Opposition befürchtet weitere Einsparungen

Wohlfahrtsverbände, im Sozialbereich tätige Institutionen und Kommunen können in Bayern weiterhin auf die Unterstützung des Freistaats zählen, auch wenn die Spielräume durch unzureichendes Wirtschaftswachstum und demnach geringere Steuereinnahmen immer enger werden. In diesem Sinn hat die CSU-Landtagsmehrheit den Etat 2005/06 des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen von 2,14 Milliarden Euro pro Jahr verabschiedet. Er enthält einerseits Kürzungen, andererseits eine Ausweitung der freiwilligen Leistungen um 8,0 bzw. 1,1 Prozent, schwerpunktmäßig für Familien und Kinder.

„Wir müssen Schwerpunkte setzen und die Eigenverantwortung stärken.“ umriss Ministerin Christa Stewens das Zahlenwerk. Das bedinge Konsolidierung und nicht einfach Leistungskürzung. Durch eine „kluge Reformpolitik“ müssten geeignete Strukturen und bedarfsgerechte Angebote geschaffen werden, um die zur Verfügung stehenden Mittel „noch effizienter und zielgerichteter einzusetzen“. Dabei setzt die Ministerin auf den Dialog mit dem „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Element“ im Interesse der „ehrenamtlichen Strukturen Bayerns“.

Niveau von 2004

Ausgabenwirksame Schwerpunkte sind nach den Worten von Frau Stewens u.a. die Kinderbetreuung (Kindergärten, Horte, Netz für Kinder und Gesamtkonzept Kinderbetreuung), Ausbildung (staatliche Initiative „fit for Work“), Pflege, Alten- und Behindertenhilfe sowie

Krankenhäuser: Deren Trägern werde die anstehende Novellierung des Krankenhausgesetzes „einen spürbar größeren Spielraum zum eigenverantwortlichen Wirtschaften bringen und erheblich zu Vereinfachung, Deregulierung und damit auch zur Kostensenkung beitragen“. Es werde „keine weiteren Kürzungen für die staatliche Förderung der Krankenhäuser mehr geben“. Mit jeweils rund 453 Millionen Euro bleibe der Etat auf dem Niveau von 2004.

Sozialstaat sichern

Für die CSU bekundeten Haushaltsexperte Herbert Fischer und der sozialpolitische Sprecher Joachim Unterländer die Zustimmung. Fischer erklärte, auch die CSU hätte gerne noch mehr getan, sei jedoch wegen der schlechten Bundespolitik dazu nicht in der Lage. Neue Schulden wären unverantwortlich. Nur eine solide Haushaltspolitik könne den Sozialstaat sichern. Unterländer verwies auf das kommunale Entlastungsgesetz (KEG), das die Staatsregierung im Bundesrat eingebracht habe. Kein geringerer als Christian Ude, der Münchner SPD-Oberbürgermeister und designierte Vorsitzende des Deutschen Städtetages, stehe voll hinter dem KEG-Entwurf. Den Kommunen stehe das Wasser bis zum Hals.

Opposition: Kürzungssorgie

Für die SPD ist der bayerische Sozialetat „planlos, ziellos, verantwortungslos“, wie Joachim Wahnschaffe, der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, formulierte. Die Ministerin habe ein Bild des sozialen Bayern gezeichnet, „das mit der Wirklichkeit eigentlich nichts gemein hat“. In beiden Haushaltsjahren würden jeweils 1,6 Millionen Euro für stationäre Pflegeeinrichtungen zusätzlich gestrichen. Auch die Sozialverbände müssten sich auf weitere Kürzungen einrichten. Heuer läge die gesamten Einsparungen im Sozialhaushalt mit 192,5 Millionen Euro um 31,5 Millionen Euro höher als 2004. Nächstes

Innenminister Dr. Günther Beckstein:

Modernisierungsprogramm für Mietwohnungen

„Trotz enger finanzieller Spielräume des Staates kann das seit vielen Jahren bewährte Bayerische Modernisierungsprogramm unter Einsatz von Mitteln der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt und mit Unterstützung der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu den bisherigen Konditionen auch im Jahr 2005 fortgeführt werden“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein.

Das Programm hat 2005 ein Darlehensvolumen von insgesamt rund 100 Millionen Euro. Damit können etwa 4.600 Wohnungsmodernisierungen gefördert werden. Die Fördermittel werden bereits stark nachgefragt. Deshalb rät Beckstein den Wohnungsunternehmen, baldmöglichst Förderanträge bei der Bewilligungsstelle, also den Regierungen, der Landeshauptstadt München sowie den Städten Augsburg oder Nürnberg zu stellen. Weitere Informationen können im Internet unter <http://www.wohnen.bayern.de> Rubrik „Förderung“ abgerufen werden.

Jahr werde die „Kürzungssorgie“ mit 224 Millionen Euro „ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen“. Wahnschaffe warnte vor Privatisierungen im Bereich der stationären Pflege und der Krankenhäuser.

Soziale Rechte

„Schon heute laufen viele Landräte Sturm“, stellte die Grünen-Abgeordnete Renate Ackermann fest, weil sie mit den zugewiesenen Mitteln „vorne und hinten nicht auskommen“. Sie drohten mit einer Senkung des Standards der Krankenhäuser und probierten das örtlich bereits aus. Durch das geplante KEG würden soziale Standards „generell unter die Beliebigkeit des Finanzgebarens gestellt“. Soziale Rechte und Garantien „können dann zum Opfer eines überdimensionierten und zu teuren Rathauses oder einer Straße werden“. Ackermann forderte ferner einen konsequenten, schnellen Ausbau von Krippenplätzen zur flächendeckenden Versorgung. Hier wären die staatlichen Mittel besser angelegt als im Landeserziehungsgeld. **rm**

Landtagspräsident Alois Glück wurde 65:

Vordenker mit sicherem Gespür

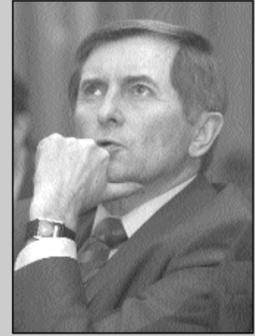
Stoiber: „Politiker des Miteinander und Ausgleichs“

Zu seinem 65. Geburtstag hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber dem Präsidenten des Bayerischen Landtags, Alois Glück, herzlich gratuliert. In seinem Glückwunschsreiben bezeichnete Stoiber den langjährigen CSU-Fraktionschef und heutigen Landtagspräsidenten als „Vordenker mit sicherem Gespür für die Themen von morgen“ und „Politiker des Miteinander und Ausgleichs“.

In dem Glückwunschsreiben Stoibers heißt es: „Ich beglückwünsche dich zu einer Laufbahn, die dich in ein Amt geführt hat, das für dich wie geschaffen ist. Als Präsident des Bayerischen Landtags bist du ein Politiker des Miteinander und des Ausgleichs. Du kannst in diesem Amt über Parteigrenzen hinweg Anregungen geben, innovative Ideen vermitteln und den Blick aller Kolleginnen und Kollegen auf das gemeinsame Ziel richten, unserem Land zu dienen. Deine Leidenschaft für das Durchdringen der Zukunftsaufgaben, deine Begabung für das umsichtige Abwägen aller Alternativen und dein Gespür für die Themen von morgen entfalten sich hier ebenso wie deine Autorität, deine Ausstrahlung und deine Erfahrung.“

Stoiber würdigte die Verdienste Glücks in seinen 15 Jahren als Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion: „Du hast mit Geschick und Entscheidungsfreudigkeit die Geschlossenheit unserer eigenen Reihen gewährleistet, dabei aber in programmatischen Fragen das offene Gespräch und die Diskussion gesucht. Der Dienst an der Sache stand auch bei der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner immer im Vordergrund. Du hast für deine Argumente durchweg ein offenes Ohr gefunden, weil jeder wusste, dass du es dir mit deinem Urteil nie leicht gemacht hast. In den Jahren deines Fraktionsvorsitzes warst du stets ein wichtiger und geschätzter Ratgeber der Staatsregierung und maßgeblicher Garant für die Kontinuität der erfolgreichen Politik der CSU in Bayern.“

Landtagspräsident Alois Glück wurde am 24. Januar 65 Jahre alt. Er gehört dem Bayerischen Landtag seit 1970 als Traunsteiner Stimmkreisabgeordneter an. Von 1988 bis 2003 war Alois Glück Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion. **as**



Kommunale Gleichstellungsstellen:

Modellprojekt fortsetzen!

Landesarbeitsgemeinschaft tagte in Bad Wörishofen

Bei einer Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft der bayerischen kommunalen Gleichstellungsstellen (LAG) in Bad Wörishofen standen das Bayerische Gleichstellungsgesetz (BayGIG) und das Modellprojekt Bayern zum Gleichstellungsgesetz des Bundes auf der Tagesordnung. Ziel des BayGIG ist es, die verfassungsmäßig garantierte Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen umzusetzen.

Dieses Gesetz ist in Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern mit einer Laufzeit von zehn Jahren bis zum Juni 2006 befristet. Die Gesetzgeber gingen davon aus, dass bis dahin die Gleichstellung von Frauen und Männern im Freistaat erreicht ist, oder zumindest so deutliche Fortschritte zu verzeichnen sind, dass auf ein Gesetz verzichtet werden kann.

Führungsposten Fehlanzeige

Die anwesenden 42 Gleichstellungsbeauftragten sehen diese Ziele freilich als nicht erreicht an, seien Frauen in Führungspositionen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert und zudem tendenziell wirtschaftlich schlechter gestellt als Männer. Sie hätten ein geringeres Einkommen, weniger Rente und seien häufiger von Sozialhilfe abhängig. Zudem trügen Frauen weitgehend die Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung, was die Berufsplanung erheblich erschwere. Auch seien sie in einflussreichen Positionen in Wirtschaft, Kultur, Verbänden und Politik deutlich unterrepräsentiert. Hinzu komme, dass die körperliche Gewalt von Männern gegen Frauen nach wie vor ein gesellschaftliches Phänomen darstelle.

Deshalb setzen sich die bayerischen Gleichstellungsbeauftragten sowie zahlreiche Verbände und Organisationen für eine Fortführung des BayGIG ein. Dazu werden über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg Aktionen und Veranstaltungen stattfinden. **DK**

Zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes des Bundes hat das Land Bayern sechs Beratungsstellen in Augsburg, Bamberg, Ingolstadt, Nürnberg, Regensburg und Schweinfurt als Modellprojekt eingerichtet; die Modellphase endete Ende vergangenen Jahres. Wie Dr. Ruth Limmer vom Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg und Gertrud Schätzlein vom Frauenhaus Schweinfurt berichteten, seien die Beratungsstellen von den betroffenen Frauen gut angenommen worden. Vor allem hätten die Beraterinnen auch Frauen erreicht, die aus unterschiedlichen Gründen in der Regel keinen Kontakt zum Frauenhaus suchen würden. Außerdem sei die Zusammenarbeit von Justiz und Polizei vor Ort wesentlich verbessert und die Aufenthalte im Frauenhaus oder Maßnahmen der Jugendhilfe durch präventive Maßnahmen vermieden oder verkürzt worden.

Eine Weiterführung der Beratung ist nach Ansicht der LAG deshalb auch nach Abschluss der Modellphase unbedingt erforderlich. Die Mehrzahl der betroffenen Frauen kann ohne Beratung die vom Gleichstellungsgesetz garantierten, rechtlichen Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Das Gleichstellungsgesetz allein, so das Urteil der Expertinnen, reicht ohne kompetente Beratung vor Ort nicht aus. Darüber hinaus forderten die beiden Referentinnen eine stärkere Gewichtung des Gleichstellungsgesetzes in der Ausbildung zum Familienrichter. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans Engelbrecht
95473 Prebitz
am 9.2.

Bürgermeister
Johannes Wiedenmann
86759 Wechingen
am 17.2.

Bürgermeister
Friedrich Amberger
97348 Rödelsee
am 22.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Friedrich Lippert
91592 Buch a. Wald
am 14.2.

Bürgermeister Heinz Wittstadt
97241 Bergheim
am 21.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Willi Wittmann
92555 Trausnitz
am 23.2.

Bürgermeisterin
Ursula Seefried
86744 Hainzfarth
am 25.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Rödel
95180 Berg
am 7.2.

Bürgermeister
Klaus Katzenberger
97532 Üchtelhausen
am 11.2.

Bürgermeister
Günther Oettinger
63920 Großheubach
am 16.2.

Bürgermeister Reinhold Zettl
84555 Jettenbach
am 20.2.

Bürgermeisterin
Viktoria Horber
86920 Denklingen
am 23.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Schubert
86637 Zusamaltheim
am 14.2.

Übertragung auf den ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schließenden Festlegung der Zahlungsverpflichtungen an die neuen Bundesländer und deren Kommunen bekannt ist. So errechnete sich inzwischen, dass Bayerns Kommunen 2003 86 Millionen Euro zu viel in den Topf Deutsche Einheit gezahlt hatten. Dieser Betrag wird ihnen heuer gutgeschrieben.

Einigungsvertrag von 1990

Der „Einigungsvertrag“ vom 18. Mai 1990, von der Öffentlichkeit längst vergessen, regelt auch die kommunale Mitfinanzierung der Lasten der Deutschen Einheit. Der Solidarpakt II vom 20. Dezember 2001 hat dessen Dauer auf das Ende 2019 festgeschrieben. Ein Fortführungsgesetz sieht vor, dass die Verbindlichkeiten des Fonds Deutsche Einheit ab 1. Januar 2005 auf den Bund übergehen. Daneben ändern sich die Modalitäten für den Länderfinanzausgleich und die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern sowie unter den Ländern. Die neue Faustregel: Der Freistaat Bayern und seine Kommunen werden entsprechend ihren Anteilen an den bundesweiten Steuereinnahmen zur Mitfinanzierung der Deutschen Einheit herangezogen.

Die durch Bundesgesetz erhöhte Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden an den Staatshaushalt abführen, wird wie gesagt auf die Solidarumlage ange-

rechnet. Berücksichtigt wird zudem, dass sich die Gemeindefinanzverhältnisse durch die einigungsbedingten Lasten verringert, nachdem die Verbundmasse, die den Schlüsselzuweisungen zugrunde gelegt wird, infolge der Leistungen für den Aufbau Ost kleiner wird. Auch angesichts der 2003er Überzahlung verbleibt für die Gemeinden im Freistaat heuer eine Nettoschuld an Solidarumlage von lediglich 18 Millionen Euro - wie gesagt eine Schätzung in Erwartung der Entwicklung der Steuereinnahmen bzw. der Einigungslasten.

Drei Jahresschritte ab 2006

Akzeptiert der Landtag die Zusage von Finanzminister Prof. Faltthauer, werden von der kommunalen Solidar-Nettoumlage in 2006 zunächst 20 Prozent von der Staatskasse übernommen. In 2007 soll es die Hälfte, 2008 sollen es die restlichen 30 Prozent sein. In vorsichtiger Vorberechnung des Finanzministeriums an der Münchner Ludwigstraße ergeben sich in den Folgejahren „jeweils mindestens 120 Millionen Euro“.

Kommentar aus dem Hause Faltthauer: „Der Wegfall der Solidarumlage ab 2008 stellt eine bedeutende strukturelle Änderung in kommunalen Finanzen dar“. Von Kommunalpolitikern wird das ohne Wenn und Aber begrüßt. **mbh**

Städtebauförderprogramm „Stadtumbau West“

Beckstein: „Demografische Entwicklung und wirtschaftlicher Wandel hinterlassen Spuren in unseren Städten - Förderprogramm sichert Attraktivität der Kommunen“

„Die demografische Entwicklung mit längerfristig auch in Bayern zurückgehender Einwohnerzahl und der wirtschaftliche Strukturwandel hinterlassen bereits heute unübersehbare Spuren auch in bayerischen Kommunen. Brachflächen und leer stehende Gebäude selbst in Innenstadtlagen verdeutlichen den Handlungsbedarf. Mit dem Städtebauförderprogramm „Stadtumbau West“ steht den Kommunen jetzt ein Förderinstrument zur Verfügung, um die mit dem Strukturwandel verbundenen städtebaulichen Probleme mit Mitteln der Städtebauförderung planvoll zu bewältigen. Nur wenn es gelingt, vorausschauend auf die unabwendbaren Veränderungen zu reagieren, können wir Bayerns Kommunen auch künftig attraktiv und lebenswert halten“, erläuterte Innenminister Dr. Günther Beckstein die Kernanliegen des neuen Förderprogramms in München.

Das erstmals aufgelegte Programm „Stadtumbau West“ ist langfristig angelegt. Für die westlichen Länder stehen von 2004 bis 2007 jährlich 40 Millionen Euro, im Jahr 2008 58 Millionen Euro und ab 2009 86 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Beckstein: „Durch den gut vorbereiteten Programmstart im Freistaat kann Bayern im Programmjahr 2004 auch Fördermittel in Anspruch nehmen, die andere Bundesländer nicht in Anspruch genommen haben. Damit stehen für die bayerischen Gemeinden 2004 mehr als 21 Millionen Euro staatliche Finanzhilfen zur Verfügung, die sich auf 28 bayerische Städte und Gemeinden aus allen Regierungsbezirken verteilen.“

Die Fördermittel werden im

Freistaat, so der Minister weiter, in Gemeinden mit rückläufigen oder stagnierenden Entwicklungen bei Bevölkerung und Arbeitsplätzen eingesetzt. 16 der 28 Stadtumbaugemeinden im Freistaat haben bereits heute eine mehr oder weniger deutliche negative Einwohnerentwicklung zu verzeichnen.

Brachflächenkonversion

So hat beispielsweise in Oberfranken die Stadt Hof seit 1995 einen Bevölkerungsrückgang von 10 Prozent zu verzeichnen, ebenso wie Kirchenlamitz und Arzberg (9 Prozent). Schwerpunkt des Förderprogramms im Freistaat sind daneben 12 Stadtumbaugemeinden in der Grenzregion. In diesen Gemeinden

geht es vordringlich um städtebauliche Antworten auf gewerbliche oder industrielle Leerstände. Beckstein: „Besonders Betriebe der einst blühenden Porzellan- und Textilindustrie haben große, funktionslos gewordene Fabrikareale hinterlassen. „In der Grenzregion sehen die Förderkonditionen für die Brachflächenkonversion einen erhöhten Fördersatz bis 80 Prozent vor.“

Militärische Liegenschaften

Ein weiterer Schwerpunkt des Förderprogramms liegt in der Umstrukturierung militärischer Liegenschaften. „Beim Programm „Stadtumbau West“ haben wir auch Städte und Gemeinden berücksichtigt, die nach der erfolgten oder geplanten Schließung von Militärstandorten vor der Umstrukturierung großer Liegenschaften stehen.“

Die städtebaulichen Folgen reichen hier von den Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur über den Verlust an Kaufkraft und die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt bis hin zur Neuordnung der freiwerdenden Liegenschaften,“ so der Minister weiter.

Im Rahmen des Stadtumbaus werden sich Murnau, Bad Aibling, Freyung, Hemau/Opf. sowie die Städte Fürth und Augsburg mit der Neuordnung militärischer Liegenschaften befassen. Bamberg, Würzburg, Kitzingen und Schweinfurt beabsichtigen angesichts einer möglichen Umstrukturierung der US-Standorte, im Rahmen von Stadtentwicklungskonzepten frühzeitig Überlegungen für ihre weitere Entwicklung anzustellen.

Beckstein betonte, dass das Programm von allen Beteiligten, insbesondere aber von den Gemeinden, besonderes Engage-

GZ Kolumne Luitpold Braun

kaum ist eine Lösung der Rot-Grünen Regierung überwunden, wie beispielsweise das Gezerre um die LKW-Maut oder die holperige und umstrittene Einführung der Neuregelungen „Hartz IV“, droht schon wieder neues Ungemach.

Als ob wir nicht bereits genügend bürokratische Hemmnisse für die Entwicklung unserer Wirtschaft und die Arbeit unserer Behörden hätten, wird schon wieder an ei-



gerichtliche Auseinandersetzungen vorprogrammiert sind. Der Gipfel dieses Unsinns ist jedoch, dass eine „Antidiskriminierungsstelle“ des Bundes eingerichtet werden soll. Damit entsteht wieder eine Behörde, die ihre Existenzberechtigung nur dadurch nachweisen kann, dass sie andere kontrolliert und drangsaliert. Die Kontrollen, denen Bürger, Einrichtungen aller Art und auch Behörden unterworfen sind, werden immer mehr und immer dichter.

Man denke nur an die ständige Kontrolliererei bei den Sparkassen und die damit verbundenen Einschränkungen der Entscheidungsfreiheit.

Das alles ist das Gegenteil von dem, was unser Land braucht. Wir brauchen weniger Bürokratie, weniger Gängelung, weniger Kontrollen, aber mehr Chancen zur Verantwortlichkeit und mehr Möglichkeiten zu Initiativen.

Nur damit können wir das Blatt des ständigen ökonomischen Niedergangs wenden.

Luitpold Braun

Wir brauchen mehr Möglichkeiten für Initiativen und weniger Gängelung

dem Gesetz gebastelt, das Hürden aufbaut. So soll ein Anti-Diskriminierungsgesetz eingeführt werden, das jede Benachteiligung nach Alter, Geschlecht, Rasse, sexueller Orientierung, Behinderung, Religion und Weltanschauung unterbindet und die arbeits- und zivilrechtlichen Fragen regelt. Gegen die Nichtdiskriminierung von Menschen, die Minderheiten angehören, ist zwar prinzipiell nichts einzuwenden. Was jedoch Anlass zur Sorge und zur Kritik gibt ist, dass durch ein solches Gesetz wiederum Streit und

ment und den kommunalpolitischen Willen erfordere, die Strukturaufgaben gezielt, konsequent und planvoll anzugehen: „Die Resonanz auf das Programm und das Interesse der Gemeinden stimmt mich optimistisch, dass gute und zukunfts-trächtige Projekte entstehen werden.“ Der Minister wies darauf hin, dass auch die Mitwirkung der Bürger, der Eigentümer und der regionalen Wirtschaft für den Erfolg der Projekte unabdingbar

sei: „Die Akteure vor Ort sind aufgerufen, sich aktiv in den Stadtumbauprozess in ihrer Gemeinde einzubringen. Innovative Ideen sind gefragt und vor Ort müssen die richtigen Prioritäten erreicht werden.“

Multiplikatorenfunktion

Nach Einschätzung Becksteins wird das Städtebauförderungsprogramm erhebliche Multiplikatorenfunktion haben. Über

die staatlichen Finanzhilfen hinaus wird damit ein erhebliches Investitionsvolumen angestoßen werden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass die Multiplikatorwirkung in Höhe des fünf- bis achtfachen der eingesetzten staatlichen Finanzhilfen sein wird.

Eine Liste der Stadtumbaugemeinden und der Projekte ist im Internet unter <http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebauforderung> einsehbar.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Die „Naila-Studie“ aus Sicht von T-Mobile Deutschland:

Spiel mit der Angst

Warum ein sachlicher und konstruktiver Dialog über Chancen und Risiken des Mobilfunks sehr schwer zu führen ist, zeigt nach Ansicht von Dr. Markus Jodl, Pressesprecher von T-Mobile Deutschland, die sogenannte Naila-Studie. Dabei handelt es sich um eine Untersuchung, die fünf Nailaer Ärzte im vergangenen Jahr in Eigenregie erstellt haben.

Darin wird behauptet, eine seit zehn Jahren bestehende Mobilfunkanlage auf dem Dach der Frankenhalle habe in der oberfränkischen Stadt die Zahl der Erkrankungen deutlich ansteigen lassen. Von dem Sendemast aus senden Vodafone und E-Plus. Etwa hundert Meter weiter östlich ist an einem Flutlichtmast der Sender des Betreibers T-Mobile montiert. Aufgrund der Studie stimmte Nailas Stadtrat schließlich sogar gegen einen Bauantrag der Firma Vodafone.

Um zu erforschen, ob sich Mobilfunkanlagen auf die Gesundheit auswirken, werteten die Ärzte Krankendateien ihrer Patienten unter dem Reglement des Datenschutzes aus. Dazu wurde, so ihr Sprecher Dr. Horst Eger, jeweils eine Hand voll Straßen im Umkreis von 400 Metern um den Sendemast und außerhalb dieses Zirkels zufällig ausgewählt. Dann prüften die Ärzte nach eigenen Angaben die Daten sämtlicher dort lebender Patienten. Das Ergebnis: Im inneren Kreis hatten 18 von 320 Menschen zwischen 1994 und 2004 Krebs bekommen, außen 16 von 647 Untersuchten. Demnach lag das Risiko, im Umkreis von 400 Metern um den Sendemast an Krebs zu erkranken, 2,25 so

hoch wie in größerer Entfernung von der Antenne.

Weitere Daten wurden bislang nicht veröffentlicht. Außer pauschalen Ergebnissen enthält eine CD-Rom, die auf Anfrage von der Stadtverwaltung Naila verschickt wird, nur knappe Hinweise darauf, dass der Unterschied beispielsweise nicht durch das höhere Alter der Innenraumbewohner oder durch vom möglich tabak-bedingte Lungenerkrankungen verzerrt sei.

Informationen werden zurückgehalten

Reagierten die Netzbetreiber zunächst sehr defensiv und verlangten lediglich die Offenlegung der Erhebung, veränderte sich deren Haltung sehr rasch, als offensichtlich wurde, dass Informationen zurückgehalten und selbst Fachbehörden auf Landes- und Bundesebene Einsicht in die Untersuchungsdaten verweigert wird. Jodl zufolge ist die Studie ohnehin nur ein „PR-Coup“, um im Vorfeld des Volksbegehrens gegen den Mobilfunk Stimmung zu machen. Er bezweifle, „dass die Untersuchung einer wissenschaftlichen Überprüfung standhält“. Wenn, so Jodl, Mobilfunksender eine deutliche Erhöhung

der Krebsrate verursachen würden, hätte in den vergangenen Jahren die Krebshäufigkeit gravierend zugenommen. Tatsächlich aber sei die altersstandardisierte Krebsrate in den neunziger Jahren gleich geblieben.

Auch das Bundesamt für Strahlenschutz ist zu dem Ergebnis gelangt, dass „die vorliegende Studie ... keine Aussagen für einen Zusammenhang von Krebserkrankungen mit der Exposition durch die Felder von Mobilfunkbasistationen im Sinne einer Kausalität“ zulässt.

Kein sinnvoller Handy-Empfang mehr möglich

Die Stadt Naila drängt die Mobilfunkbetreiber aber nun trotzdem, die Leistung ihrer Sender um den Faktor von einer Million zu senken. Gleichzeitig fordert sie in einer Petition an die Parlamente in München, Berlin und Straßburg, die Grenzwerte sollten um den gleichen Wert gesenkt werden. Damit, sagen Experten, sei allerdings kein sinnvoller Handy-Empfang mehr möglich. Dazu T-Mobile-Sprecher Markus Jodl: „Ich versichere, dass T-Mobile die Sorgen und Nöte der Bürger bezüglich des Mobilfunks ernst nimmt. Allein aus Selbsterhaltungstrieb würden wir unsere Netze umbauen, wenn es wissenschaftliche Beweise gäbe, die das als notwendig erscheinen ließen. Diese Beweise gibt es aber nicht.“ DK

Finanzstaatssekretär Franz Meyer:

Erfolgreiche Bayerische Spielbanken

„Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen haben sich unsere Casinos in Bayern auch 2004 gut behauptet“, so das Resümee von Finanzstaatssekretär Franz Meyer zum Abschluss des abgelaufenen Geschäftsjahrs 2004 der staatlichen Spielbanken in Bayern.

Die neun Bayerischen Spielbanken in Bad Füssing, Bad Kissingen, Bad Reichenhall, Bad Wiessee, Bad Steben, Kötzing, Feuchtswang, Lindau und Garmisch-Partenkirchen erzielten zusammen einen Bruttospielertrag, das ist die Summe der Spieleinsätze abzüglich der Gewinnausschüttungen, von über 125 Millionen Euro. „Mit diesem Ergebnis haben die Spielbanken das Vorjahresergebnis zwar knapp verfehlt. Angesichts der angespannten Wirtschaftslage und dem damit zusammenhängenden vorsichtigen Konsumverhalten war 2004 aber ein insgesamt erfolgreiches Jahr. Es zeigt, dass die Spielgäste das Angebot der Bayerischen Spielbanken, spannende Unterhaltung in einem gehobenen Ambiente mit einem bunten Veranstaltungs-kalender, auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder gerne in Anspruch genommen haben,“ stellte Meyer erfreut fest.

Besucherzahlen auf Vorjahresniveau

Im Jahr 2004 besuchten rund 1,1 Millionen Gäste die Bayerischen Spielbanken. Damit konnten die Besucherzahlen auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Besonders freut Meyer, dass die Spielbank Bad Kissingen nach ihrer Modernisierung wieder einen Besucheranstieg verzeichnete. Seit der Wiedereröff-

nung Anfang April 2004 kamen fünf Prozent mehr Besucher ins „Große Spiel“ und sogar 23 Prozent mehr zu den Automaten. Nach dem Umbau erstrahlte der „Klassiker“ unter den Bayerischen Spielbanken nun wieder in neuem Glanz. Die Zahlen belegen, dass mit diesem Umbau ein attraktiver und angemessener Rahmen für die weitere Entwicklung der Spielbank geschaffen worden sei.

Aufwärtstrend des Automatenspiels

Charakteristisch in der Casino-Landschaft sei der zu beobachtende Aufwärtstrend des Automatenspiels. In den Automaten spielen in Bayern würden mittlerweile knapp 71 Prozent des Gesamt-Bruttospielertrags erwirtschaftet. Während die klassischen Glücksspiele, wie Roulette und Kartenspiele, einen Umsatzrückgang in Höhe von vier Prozent verzeichneten, konnte der Bruttospielertrag im Automatenpiel auf dem Vorjahresniveau von 88 Millionen Euro gehalten werden.

Unter Bayerns Spielbanken gibt es, so Meyer, einen neuen Spitzenreiter. Das mittelfränkische Casino in Feuchtswang steigerte den Bruttospielertrag im Jahr 2004 um 4,3 Prozent auf über 29 Millionen Euro und verdrängte damit die Nummer 1 des Vorjahres, das Alpengasino Gar-

misch-Partenkirchen, auf Platz zwei. Auch bei den Gästezahlen liegt das Autobahncasino in Feuchtswang mit rund 218.000 Gästen in der Gunst der Besucher ganz vorne.

Entertainment und Events

Für das neue Jahr kündigte Meyer an, dass die Bayerischen Spielbanken ihrer Linie treu bleiben: „Der Erfolg gibt uns Recht. Wir werden deshalb alles unternehmen, um durch Investitionen und Innovationen an den bestehenden Standorten und eine konsequente Fortsetzung der Entertainment- und Eventschiene den Gästen noch mehr Flair, Ambiente und beste Unterhaltung zu bieten.“ Ein erster Schritt in 2005 wird der am 28. Januar fertiggestellte Umbau des Großen Spiels der Spielbank Bad Reichenhall sein. Damit soll, so Meyer, im „Großen Spiel“ für kürzere Wege und mehr Intimität gesorgt werden. Im Juni 2004 wurde bereits das erweiterte Automatenpiel mit 78 modernsten Spielgeräten eröffnet. Seither konnte die Spielbank in diesem Spielbereich einen Anstieg der Besucher um 8,9 Prozent und des Bruttospielertrags um 15,3 Prozent registrieren. Ein weiteres Highlight wird, so Meyer, die Neueröffnung der Spielbank Bad Wiessee auf dem Gelände des ehemaligen „Winnerhofs“ im Frühsommer 2005 werden. Finanzminister Kurt Faltlhauser setzte im Juli 2003 den ersten Spatenstich und gab damit den Startschuss für den Bau des 28 Millionen Euro Projekts.

Verabschiedung von Dr. Helmut Schwinghammer:

„Glücksfall für den Städtetag“

Ein Allrounder ist von Bord gegangen: Neben Josef Deimer wurde auch Dr. Helmut Schwinghammer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, in München in den Ruhestand verabschiedet. Als Steuermann war er maßgebend daran beteiligt, dass das Schiff des Städtetags hervorragend auf Kurs gehalten wurde.

Schwinghammer begann seine Karriere als juristischer Staatsbeamter bei der Regierung von Oberbayern, wechselte dann zum Verwaltungsgericht München, um schließlich 1969 beim Städtetag anzuheuern. 1979 wurde er Stellvertretender Geschäftsführer, 1988 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Schwinghammer, so der 1. Stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, OB Christian Ude, habe sich in dieser Zeit hohes Ansehen als „mit allen Wassern gewaschener Partner der Kommunen“ erworben.

Fast-Freundeskreis

Im Laufe der Zeit sei so etwas wie ein „Fast-Freundeskreis von Kommunalpolitikern jeglicher Couleur“ entstanden. Fast immer habe man zu einvernehmlichen Beschlüssen gefunden, was letztlich auch dem Geschäftsführer zu verdanken sei. Schwinghammer schien ebenso wie Deimer zum

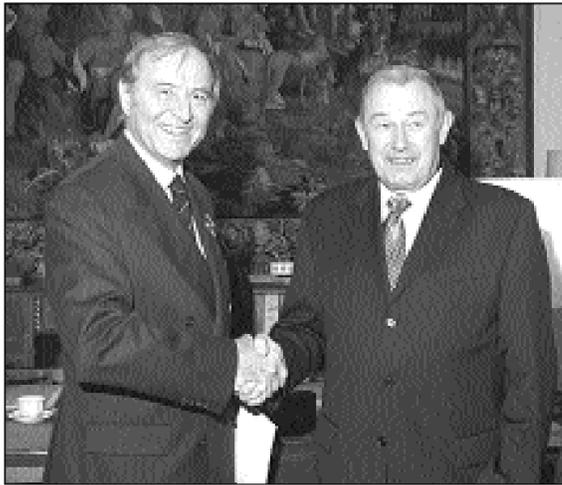
Inventar des Städtetags zu gehören; was bleibt, sei die Erkenntnis, dass die wachsende Bedeutung des kommunalen Spitzenverbandes untrennbar mit beiden Namen verbunden ist.

Gewissenhafter Partner

Josef Deimer bezeichnete Dr. Schwinghammer als „Glücksfall für den Städtetag, aber auch für mich persönlich“. Vertrauen und Glaubwürdigkeit hätten bei dem Ziel, die Städte zum Erfolg zu führen, immer oberste Priorität gehabt. Schwinghammer sei ein stets zuverlässiger und gewissenhafter Partner gewesen, der immer ansprechbar war.

Niemals, so Deimer, hätten er und Schwinghammer das Ziel außer acht gelassen, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu verfolgen und darauf hinzuwirken, die Landesentwicklung in Abwägung aller Güter vorzunehmen. Stets habe man auf die ökolo-

gische Komponente der sozialen Marktwirtschaft verwiesen und zudem die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ins Visier genommen. „Uns war immer wichtig, eine aktive Entscheidungshilfe in aktiver Neutralität zu finden und für die Städte Bekömmli-



Unsere Archiv-Aufnahme entstand, als Dr. Helmut Schwinghammer (links) von Dr. Günther Beckstein mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde.

detags, die Verdienste seines Pendants. Mittels „wohlgeformter Worte“ habe Schwinghammer für den Städtetag immer ein angemessenes Stück Kuchen eingefordert, ohne dabei jedoch ein anderes Mitglied der kommunalen Familie darben zu lassen. Charme und Esprit, Willenskraft und Durchsetzungsvermögen hätten Schwinghammer ausgezeichnet, man habe stets ein faires und partnerschaftliches Miteinander gepflegt. Schwing-

Der Selbstverwaltung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

alle dem Umstand aus, dass Behinderte in Heimen untergebracht werden, obwohl eine ambulante Betreuung in vielen Fällen möglich wäre.

Stillschweigend übergangen

Stillschweigend übergangen habe der Bund eine weitere Revisionsklausel, nämlich bei den Leistungen für die Grundsicherung im Alter und im Falle der Erwerbsunfähigkeit behinderter Menschen. 2003 habe der Bund nur 27,5 Prozent des Nettoaufwands der kreisfreien Städte und Landkreise des Freistaats abgegolten. Theo Zellner forderte daher vom Freistaat Bayern und vom Bund ein eigenes Leistungsgesetz im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung mit einer Kostenbeteiligung des Bundes, um den nicht mehr finanzierbaren Kostenanstieg in diesem Bereich aufzuhalten. Zwingend sei eine Kostentragung durch Bund, Land und Kommunen zu je einem Drittel.

Entlastung der Kommunen

Auch plädierte der Präsident für die Beendigung der Ausgaben Spirale bei den Kommunen durch die Durchsetzung des Gesetzes zur Entlastung der Kommunen im Sozial- und Jugendhilfebereich (KEG). Künftig müsse die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte bei der Ausgestaltung von Sozialleistungen angemessen berücksichtigt werden.

Mit dem Gesetz sollen die Kommunen bundesweit pro Jahr um 300 Mio. Euro bei der Sozialhilfe und rund 250 Mio. Euro bei der Jugendhilfe entlastet werden. Auch müsse der Sozialhilfeausgleich nach Art. 15 FAG endlich Sparanreize bieten. Bis jetzt sei der Verteilungsschlüssel auf die tatsächlichen Sozialhilfeausgaben der Bezirke ausgerichtet, so dass auch überdurchschnittliche Belastungen ersetzt wurden.

Probleme mit der Bundesagentur für Arbeit

Auf die Erfahrungen der bayerischen Landkreise mit Hartz IV eingehend, meinte Zellner: „Die bayerischen Landkreise haben Anfang 2005 den auf staatliche Hilfe angewiesenen Menschen die notwendigen Leistungen ausgezahlt. Dieses hervorragende Ergebnis wurde auch vom Bundeswirtschaftsminister dankend anerkannt.“ Probleme habe es ausschließlich im Verantwortungsbereich der Bundesagentur für Arbeit gegeben.

Ausgleichsbetrag vom Freistaat

In Bayern soll es nach den ursprünglichen Rechnungen zu einer effektiven Entlastung von 70 Mio. Euro kommen, betonte der Präsident. Sei dies nicht der Fall, wolle der Freistaat Bayern prüfen, ob er aus den ersparten Wohngeldaufwendungen noch einen Ausgleichsbetrag hinzufügen kann. Darüber hinaus habe der Bayerische Landkreistag von der Bayerischen Staatsregierung die Übernahme einer Ausfallbürgschaft verlangt. Jedenfalls für das Jahr 2005 seien die bayerischen Landkreise davon ausgegangen, dass sich aus dem Vollzug von Hartz IV keine Mehrkosten ergeben. „Bei zusätzlichen Kosten müssten wir allerdings die Kreisumlagen anheben, es sei denn, der Freistaat Bayern leistet einen angemessenen Ausgleich“, führte Zellner aus.

Zellner zufolge ist der Vollzug von Hartz IV in Bayern wie folgt organisiert: Die Landkreise Miesbach und Würzburg haben

optiert und nehmen alle Zuständigkeiten selbst wahr. Die Landkreise München, Bayreuth und Fürth vollziehen die Aufgaben getrennt. Sie sind nur noch zuständig für die Auszahlung der Kosten für Unterkunft und Heizung für alle Sozialhilfeempfänger und für die Empfänger von Arbeitslosengeld II. Sechs Landkreise haben die Absicht, mit den jeweiligen Agenturen für Arbeit noch im Laufe dieses Jahres einen Vertrag zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft abzuschließen. Die restlichen 60 Landkreise

Finanzminister Faltthäuser:

Landkreistag übt unnötige Kritik

„Der Freistaat Bayern hat bereits gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein weit reichendes Leistungspaket für den kommunalen Finanzausgleich 2005 geschnürt. In der Gesamtbilanz ergibt sich ein Plus von 8,9 Prozent für die Kommunen. Damit ist der Freistaat Bayern an die Grenzen des Machbaren gegangen“, so Finanzminister Faltthäusers Antwort auf die kritischen Anmerkungen des Bayerischen Landkreistags.

„Die ersten drei Quartale des Jahres 2004 zeigen, dass die Steuereinnahmen der Kommunen erneut stärker gestiegen sind als die des Freistaats. Hier stiegen die Nettoeinnahmen an Gewerbesteuer um gut 780 Mio. Euro oder 34,4 Prozent gegenüber 2003“, ergänzte Faltthäuser. „Jetzt gilt es, vor allem die Ausgaben bei den Kommunen zu verbessern. So verstehe ich auch Herrn Zellners Aufruf“, sagte der Minister. Insbesondere im sozialen Bereich stelle die finanzielle Belastung die Kommunen vor immer größere Probleme. Bayern sei hier schon seit geraumer Zeit mit zahlreichen Gesetzesinitiativen auf Bundesebene aktiv. **DK**

se haben bereits Arbeitsgemeinschaften mit den Agenturen für Arbeit gebildet.

Tiefe Sorge

Mit großem Bedauern haben die bayerischen Landräte wiederum das Scheitern der Föderalismuskommission zur Kenntnis genommen. Damit bleibt laut Zellner auch die tiefe Sorge um ausgeglichene Kommunalausgaben. Die bereits erreichten Ergebnisse dürften nun nicht im Sande verlaufen, umgehend müsse an den Verhandlungstisch zurückgekehrt werden. Der Landkreistagspräsident forderte allerdings, „die Kommunen im Gegensatz zum ersten Versuch enger an der Föderalismuskommission zu beteiligen“.

Hilfe für Flutopfer

Ausdrücklich begrüßt Theo Zellner indes die vielfältigen Initiativen der bayerischen Landkreise, den Flutopfern in Südostasien zu helfen. Allerdings gab er für die Durchführung eigener kommunaler Projekte vor Ort zu bedenken, „dass der einzelne Landkreis die politischen und örtlichen Verhältnisse im Krisengebiet in der Regel nicht genau beurteilen kann, so dass entsprechende Hilfsmaßnahmen mit dem Auswärtigen Amt abgesprochen werden sollten“. Der Präsident riet vielmehr zur Unterstützung der vor Ort tätigen Hilfsorganisationen. **DK**

Wie die Alpenkette ...

Fortsetzung von Seite 1) Sicht finanzwirksame Aufgaben auf die Kommunen übertragen hat“. Deimer habe in seiner Amtszeit Außerordentliches geleistet und sich stets für die Belange der Kommunen erfolgreich eingesetzt, so der CSU-Politiker. „Basis seines erfolgreichen Wirkens war das große Vertrauen, das die Bürger „seiner“ Stadt Landshut und die Kollegen des Bayerischen Städtetages ihm stets entgegen gebracht haben.

Christlich und sozial

„Bayerns Städtetag ohne Josef Deimer - das ist so unvorstellbar wie die Alpenkette ohne Zugspitze“ malte dessen Stellvertreter, Münchens OB Christian Ude, ein etwas wehmütiges Bild. Niemals habe Deimer Zweifel aufkommen lassen an seiner christlichen Verwurzelung seit den Tagen am erzbischöflichen Knabenseminar in Freising, an seiner Orientierung an der katholischen Soziallehre und der Verwurzelung in einem Wertesystem, „das im Wortsinn christlich und sozial ist“. Ude nannte den scheidenden Städtetagsvorsitzenden einen „rot-grünen Schwarzen“, was möglicherweise nach politischer Beliebigkeit klinge, im Falle Deimer aber mit einer „tiefgründenden, von allen Apparaten völlig unabhängigen Wertorientierung und inhaltlichen Konsequenz“ zu tun habe. Deimer sei der Stil einer „anarchistisch geprägten, spät-feudalen, präsidentiellen Monarchie“ zu bescheinigen. Ihm sei es gelungen, den Städtetag über alle Parteigrenzen hinweg zu einem verschworenen Freundeskreis zu formen. Dies sei ein Pfund, mit dem die Nachfolgerinnen und Nachfolger wuchern müssten.

Konnextitätsprinzip zu Gunsten der Kommunen

Die Erfolge während Deimers Amtszeit fasste Ude wie folgt zusammen: „Es ist dem ständigen Drängen des Bayerischen Städtetags ... zu verdanken, dass in Bayern das Konnextitätsprinzip zu Gunsten der Kommunen endlich Verfassungsrang hat - nicht etwa einer gönnerhaften Geste der Staatsregierung. Und ohne das Drängen gerade der bayerischen Städte hätten die Kommunen bundesweit bis heu-

te keine Vision, wie eine große Gemeindefinanzreform tatsächlich aussehen könnte.“ Auch wenn dieses Reformwerk im ersten Anlauf gescheitert sei, bleibe doch wahr: „Ohne das Jahr der Proteste und Aktionen hätten wir die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage nicht zurück bekommen, ohne unsere lautstarken Auftritte hätte der Bundesgesetzgeber die Schlupflöcher im Gewerbesteuerrecht nicht einmal ansatzweise geschlossen. Oder kurz gesagt: Ohne die unermüdeten Bestrebungen des Bayerischen Städtetags unter Dick Deimer wäre alles noch schlimmer gekommen.“

Glaubwürdigkeit

Josef Deimer bemerkte, für seine Arbeit gelte der Spruch des Franziskanermönchs Bernhard von Clairvaux: „Steh an der Spitze, um zu dienen, nicht um zu herrschen.“ Glaubwürdigkeit sei das Grundelement jeglichen Handelns. Kommunalpolitiker zu sein stelle ein Berufsrisiko dar, weil man in dieser Aufgabe vollends aufgehen könne.

Zusammengehörigkeit

Der Erfolg des Bayerischen Städtetags messe sich nicht an den zwingend notwendigen Ergebnissen zur Bewältigung der gewachsenen Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Er messe sich vielmehr an dem hohen Wert der Zusammengehörigkeitserfahrung. Dies werde deutlich, wenn sich große und kleine, arme und reiche Städte unterschiedlicher Couleur in ihrer Führung, aber auch kommunale Spitzenverbände sich auf einen Konsens zubewegen könnten. Deimer sprach gar von „Geschwisterlichkeit“ zwischen den Spitzenverbänden.

In Bayern sei man kommunalpolitisch immer gut gefahren, schloss Deimer. Man habe bis auf die vergangenen fünf Jahre gute Zeiten mit einem „hervorragenden Standard“ erlebt. Nun aber gingen die Kommunen schwierigen Zeiten entgegen, weshalb er seinem designierten Nachfolger Hans Schaidinger und dem Gremium folgenden Rat gab: „Kämpft um soziale Gerechtigkeit! Seid liebevolle Widerstandskämpfer, die rechtzeitig ihre Meinung sagen!“ **DK**

ches zu transportieren“, betonte Deimer. Freude aneinander zu haben, des anderen Not zu erkennen und jeden ernst zu nehmen, sei dem eingespielten Team über all die Jahre ein elementares Anliegen gewesen.

Stellung der Städte gestärkt

„Über die Grundsatzfragen hinaus kam es Ihnen vor allem darauf an, die Anliegen des Verbandes im täglichen Geschäft, d. h. im Konkreten auszuarbeiten und erfolgreich umzusetzen“, bemerkte Kommunalminister Dr. Günther Beckstein. Mit seiner ausgleichenden Art, seiner Verlässlichkeit, seiner Sachlichkeit und seiner hohen fachlichen Kompetenz habe Schwinghammer viel Einfluss nehmen können und die Stellung der Städte im Staatsaufbau gestärkt.

Samtene Revolution des sanften Kämpfers

Während seiner Amtszeit sei es dem „sanften Kämpfer“ Schwinghammer gelungen, eine Art „samtene Revolution“ herbeizuführen, sprich das Anhörungsrecht der Kommunen sowie das Konnextitätsprinzip - verbunden mit einem Konsultationsverfahren - in der Bayerischen Verfassung zu verankern. „Aber auch bei unterschiedlichen Positionen, wie etwa bei der Liberalisierung des Baurechts, haben wir uns stets offen und mit gegenseitigem Verständnis austauschen können“, erklärte Beckstein. Dank Schwinghammers Vermittlungsgabe hatte die Bayerische Staatsregierung im Bayerischen Städtetag stets einen loyalen Gesprächspartner.

Zum Innenministerium habe er stets ausgezeichnete Kontakte gepflegt: „Nicht nur für meine Person, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses waren Sie immer ein hochgeachteter und fairer Partner“, bemerkte Beckstein.

Fingerspitzengefühl und diplomatisches Geschick

Mit Fingerspitzengefühl und diplomatischem Geschick habe es Schwinghammer verstanden, die kommunale Familie bei schwierigen Entscheidungen unter einem Hut zu bringen, würdigte Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemein-

hammer hinterlasse ein „wohlbestelltes Haus“, aber auch eine schmerzliche Lücke. Zwar sei im politischen Bereich jeder ersetzbar, „doch lasse ich Dich nicht gerne ziehen“, räumte Busse ein.

Stunde tiefer Dankbarkeit

Der mit so herzlichen Worten Bedachte sprach „trotz Wehmut von einem Tag des Glücks und einer Stunde tiefer Dankbarkeit“. Bis heute „gab und gibt es für mich kaum etwas Schöneres, als sich für unsere an Individualität und Geschichte so reichhaltigen Städte und Gemeinden einzusetzen“. Freilich sei es nicht immer leicht gewesen, den Städtetag mit seiner heterogenen Klientel unter einen Hut zu bringen. „Schließlich muss das Städtetagsschiff allen Strömungen gerecht werden, ohne an Fahrt abzunehmen und den festen Zielpunkt aus dem Auge zu verlieren.“

Passende Wellenlänge

Die Zusammenarbeit mit Josef Deimer bezeichnete auch Schwinghammer als ideal und „Glücksfall“. Von Anhang an habe die Wellenlänge gestimmt, am Ende sei dann das gemeinsame Ergebnis gestanden. Seine höchste Befriedigung habe er mit der Durchsetzung des Konnextitätsprinzips erfahren, verbandsintern sei der größte Erfolg darin zu sehen, „dass wir einstimmig von der Vollversammlung unsere kommunale Betriebssteuer verabschieden konnten“. Verbunden mit diesem Gewerbesteuermodell sei jedoch auch seine größte Enttäuschung, fuhr Schwinghammer fort: Man habe auf Bundesebene schließlich Mühe gehabt, die alte Gewerbesteuer zu retten. Immerhin sei es nach einem „würdigenden Vermittlungsverfahren“ wenigstens zu einer Reduzierung der Gewerbesteuerumlage gekommen.

Gute Wünsche für den Nachfolger

Seinem Nachfolger Reiner Knäusel wünschte Schwinghammer eine „glückliche Hand, Mut und Ausdauer für einen sich immer lohnenden Einsatz“, verbunden mit dem Appell, „vor allem auf die notwendige Balance unserer unterschiedlichen Mitgliederstruktur“ zu achten. **DK**

Staub aufgewirbelt und Spuren hinterlassen

Stellvertretender BayernLB-Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Kahn in den Ruhestand verabschiedet

Groß war die Zahl der Gäste aus Politik und Wirtschaft, die sich im Herkulesaal der Münchner Residenz einfanden, um den langjährigen stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Landesbank, Dr. Peter Kahn, gebührend in den Ruhestand zu verabschieden. Gemeinsam mit der Vorsitzenden des Einzelpersonalrats, Roswitha Bendel, würdigten Dr. Siegfried Naser, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser und Werner Schmidt Kahns herausragende Leistungen.

Im „manager magazin“ schrieb kürzlich der deutsche Topmanager Harald Grosser: „Das Erste, was Ihre Karriere fördert, ist, dass Sie ein weites Interessenspektrum behalten, neugierig bleiben und bereit sind, auch Aufgaben zu übernehmen, die völlig außerhalb Ihrer bisherigen Erfahrungsbasis liegen.“ Wie der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Siegfried Naser, betonte, hätten diese Worte durchaus von Peter Kahn stammen können. Stets sei er für Neues aufgeschlossen gewesen.

Erstaunliche Karriere

Manch einer, so Naser, hätte sich in einem solch breiten Interessenspektrum verzettelt, doch Kahn habe engagiert, motiviert und stets flexibel eine erstaunliche Karriere innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe absolviert - „kein Wunder, denn Leitlinie Ihres gesamten Handelns war stets das Wohl der Sparkassen“. Besonders habe das Vorstandsmitglied jedoch ausgezeichnet, auch den schwierigen Umstrukturierungsprozess als „Landesbanker“ und gleichzeitig als

„Sparkassenmann“ mitbewältigt und -gestaltet zu haben. Damit habe Kahn seit jeher die Zusammenarbeit im Verbund und damit ein hochmodernes Organisationskonzept gefördert.

Sparkassenorientierung

In zahlreichen Gremien wie dem Fachbeirat des Sparkassenverbandes Bayern, den Gremien der Sparkassenbezirksverbände, dem SVB-Arbeitskreis Verbundgeschäfte, den DSGV-Arbeitskreisen Firmenkunden und Marketing sowie dem Fonds-Ausschuss der Deka-Bank habe sich Peter Kahn stets für sparkassenorientierte Strategien und Lösungen eingesetzt. Ihm verdankten die bayerischen Sparkassen die Gründung eines eigenen Unternehmensbereiches „Sparkassen“ in der Bayerischen Landesbank (Mitte 1991) und die gleichzeitige Einführung von Primärarbeitern für alle Sparkassen. Naser: „Was sich als ganz selbstverständlich anhört, ist es keineswegs. Bis heute gibt es bei keiner anderen Landesbank eine vergleichbare Berücksichtigung der Sparkassen und ihrer Träger in der Aufbauorganisation.“

Sparkassenmedaille in Gold

Für Kahns „großartige persönliche Lebensleistung in der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern, in den Sparkassen und in der BayernLB und insbesondere auch dafür, dass Du stets, bei aller beruflicher Beanspruchung, ein so sympathischer und jederzeit zugänglicher Mensch geblieben bist“ verlieh Siegfried Naser



„Ausdauer, hohe fachliche Virtuosität und Leidenschaft“ bescheinigte Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser dem aus dem Vorstand der Bayerischen Landesbank ausscheidenden Dr. Peter Kahn. Dieser habe „noch lange nicht abgeschlossen mit dem aktiven Teil seines Lebens“. Kahn wird auch künftig in der Sparkassenorganisation und darüber hinaus eine Reihe wichtiger Aufsichtsratsposten inne haben.

dem Sparkassenvorstand die Sparkassenmedaille in Gold.

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser setzte sich seinerseits intensiv mit der Kahnschen Vita

auseinander. Er verwies darauf, das dessen Sparkassenkarriere 1967 bei der Stadtsparkasse Augsburg begann. Nach zwei Praxisjahren sei er bereits mit 27 Jahren zum Hauptabteilungsleiter avanciert. Rund 30 Jahre habe er die Geschicke der bayerischen Sparkassen zuerst als Vorsitzender des Vorstandes der Kreissparkasse Augsburg (Oktober 1975 bis August 1986), dann als Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Landesbank (bis April 1998) und schließlich als Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BayernLB geprägt.

Besondere Menschlichkeit

Kahns besondere Menschlichkeit und Liebesswürdigkeit sei

keine Schlagworte, sondern täglich gelebte Praxis.

„Lieber Staub aufwirbeln, als Staub ansetzen“ sei immer Dr. Kahns Devise gewesen - „und sie wird es, dessen bin ich mir sicher, auch immer bleiben“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesbank, Werner Schmidt. Er sei ein Mensch, der das Wort „Tatkraft“ hätte erfinden können. Die Dinge zu nehmen, wie sie kommen, sei für ihn selbstverständlich.

Tatkraft und Eigeninitiative

Gleichermaßen gehöre zu Kahns Selbstverständnis, den Dingen entgegen zu gehen, wenn sie nicht oder nur zögerlich kommen, was bedeutet, „Eigeninitiative zu zeigen, mit Entschlusskraft und Einsatzfreude nicht nur die sich bietenden, sondern zugleich auch alle sich abzeichnenden Gelegenheiten beim Schopf zu packen“. Mit der bewundernswerten Energie und Ausdauer des ehemaligen Spitzensportlers und der ungemeinerten Kondition des Langstreckenläufers sei sein Kollege auch beruflich immer „unterwegs“ gewesen. Wie kaum ein anderer habe er die wichtigen und wertvollen Verbindungen zu den BayernLB-Kunden gepflegt, zu den Sparkassen und dem Freistaat, vor allem auch zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Verantwortungsbewußtsein

Schmidt dankte Kahn herzlich für dessen „engagierte, fachkundige, zielstrebige, von hohem sozial- und wirtschaftspolitischen Verantwortungsbewusstsein geprägte, teilweise bis an die Grenze der menschlichen Leistungsfähigkeit gehende Tätigkeit“. Nur wenige schafften es, so lan-

ge und erfolgreich als Unternehmenslenker zu wirken, wie dies durch einen bewundernswert hohen Einsatz - der stellvertretende Vorstandsvorsitzende konnte.

Der mit derart bewegenden Worten Geehrte bemerkte, dass gerade sein Glaube ihm immer Rückhalt, Kraftspender und verlässlicher Maßstab bei all seinen Entscheidungen gewesen sei.

Für die Bank gelebt

Die Sparkassenorganisation bezeichnete Kahn als „meine Heimat“. Die Sparkassenfinanzgruppe sei wirtschaftlich hervorragend positioniert, weil sie die Humusbündung habe und sich auch sozial und gesellschaftlich engagiere. Er habe für diese Organisation und die Bank gelebt und „hoffentlich auch manches bewegt“.

Die Bayerische Landesbank verfüge über eine starke und verantwortungsbewusste Personalvertretung, bei der Kooperation vor Konfrontation gehe, fuhr Kahn fort. Lobend äußerte er sich auch über die Kunden der BayernLB, denen zu begegnen ihm viel gegeben habe. Viele wertvolle Verbindungen bestünden in der 15jährigen Verantwortung für die Kommunalkunden in Bayern. Stets habe die kommunale Seite „für unsere Probleme und Sorgen ein offenes Ohr“ gehabt. Kahn äußerte in diesem Zusammenhang die Bitte, „das mir gewährte Vertrauen an meine Nachfolger in meinem Dezernat - Herrn Dr. Hanisch und Herrn Harnischmacher - zu übertragen“.

Für ihn bleibe die Erkenntnis, „dass der heutige Tag ein freudiger und glücklicher Tag ist“. Dieser Tag werde ihm unvergesslich bleiben, „von diesem Erlebnis werde ich lange zehren“. **DK**

Public-Private-Partnerschaft (PPP):

Pro und contra - aus der Sicht des Bayerischen Landkreistags

Von Direktor Dieter Jung, Bayerischer Landkreistag

Das Thema „Public-Private-Partnership“ (PPP) wird seit einiger Zeit auf der Ebene der Europäischen Union, des Bundes, der Länder und der Kommunen diskutiert. Die öffentliche Hand erwartet sich davon u.a. eine finanzielle Entlastung bei Investitionen und die Möglichkeit, wichtige Projekte früher in Angriff zu nehmen und zügiger umsetzen zu können, die Wirtschaft erhofft sich auf diesem Wege ein erweitertes Betätigungsfeld und zusätzliche Aufträge.

Bereits bisher gibt es zu der Thematik eine Reihe von Bekanntmachungen, Leitfäden und Gutachten. Trotzdem sind manche Fragen im Zusammenhang mit PPP ungelöst.

Unter der Moderation des Bayerischen Bau- und Industrieverbandes wurden deshalb zwei Arbeitskreise gegründet, die einen eigenen bayerischen PPP-Leitfaden entwickeln, erfolgreiche PPP-Modelle dokumentieren und rechtliche Hemmnisse für PPP aufzeigen sollen.

In der Praxis werden PPP-Modelle bereits in vielfältiger Weise und Ausgestaltung umgesetzt. Beispielhaft sind verschiedenste öffentliche Bauvorhaben von Schulen bis zu Straßen, aber auch die Gasverstromung von Deponien, die Gründung von Abfallverwertungsgesellschaften, von Gründerzentren in der Rechtsform einer GmbH oder die Gründung einer Flughafen GmbH zu nennen.

Mögliche Vorteile von PPP

Die möglichen Vorteile von PPP-Modellen lassen sich in Stichworten wie folgt zusammenfassen:

- Zusammenführung von öffentlichem und privatem Know-how
- Finanzielle Vorteile durch effizienteres und an weniger Bestimmungen gebundenes Handeln
- Finanzielle Vorteile durch Erschließung privaten Kapitals; allerdings ist die Verwendung privaten Kapitals auch eine Form der öffentlichen Verschuldung.
- Bei Investitionen sind finanzielle Vorteile durch Umsatzsteuererstattung möglich.
- Finanzielle Vorteile waren bei größeren Projekten auch durch Cross-Border-Leasing möglich. Die dabei angewendeten steuerlichen Vorschriften der Vereinigten Staaten sind allerdings in jüngster Zeit geändert worden.

Mögliche Nachteile von PPP-Modellen

Public-Private-Partnership kann nicht prinzipiell als Schlüssel zur Lösung finanzieller Pro-

bleme der öffentlichen Hand betrachtet werden. Im Einzelfall müssen vor allem folgende mögliche Nachteile vermieden werden:

- Die Entscheidungsfreiheit des öffentlichen Partners kann bei längerfristigen Bindungen, insbesondere im Bereich von Dienstleistungen, eingeschränkt sein.
- Finanzielle Nachteile können entstehen, wenn das Handeln des privaten Partners und ein hierfür zu bezahlendes Entgelt nicht dem Wettbewerb unterliegt.
- Wie die Erfahrung bereits gezeigt hat, können PPP-Modelle im Einzelfall auch teurer sein als andere Formen der Leistungserbringung.

Rechtliche Hemmnisse, die beseitigt oder zumindest modifiziert werden sollten

a) Kommunalrecht

Vielmehr werden PPP-Modelle durch das kommunalrechtliche Veräußerungsverbot, das auch für die Überlassung der Nutzung eines Vermögensgegenstandes gilt, behindert. Hier wäre eine Streichung oder Lockerung zu überlegen.

Auch die Genehmigungspflicht für Kredite kann sich im Einzelfall als Hemmnis auswirken. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass diese Bestimmung vor allem für kleinere Kommunen als Schutzvorschrift durchaus sinnvoll ist.

Bei PPP-Projekten können kommunalkreditähnliche Konditionen oft nur erreicht werden, wenn die Kommune eine Kreditbürgschaft für den Privaten stellt. Hierin wird teilweise zu Unrecht ein Verstoß gegen das europäische Beihilferecht gesehen.

b) Haushaltsrecht

Die Vorbereitung eines PPP-Projekts erfordert vielfach bereits Ausgaben, obwohl noch keine Klarheit über die Chancengleichheit der Finanzierung des Projekts besteht. Dadurch kommt die Kommune in Konflikt mit den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit des kommunalen Haushaltsrechts. Hier sollte deshalb ein entsprechender Spielraum ermöglicht werden.

c) Zuwendungsrecht

Die staatlichen Förderbestimmungen, insbesondere das Verbot des vorzeitigen Baubeginns sowie das Erfordernis, dass die Kommune an dem zu bauenden Objekt das Eigentum erwirbt, erweisen sich vielfach als Hemmnis für PPP-Modelle. Beide Voraussetzungen sollten daher gelockert werden.

d) Vergaberecht

Die Bindung der Kommunen an die VOB auch unterhalb der

europa-rechtlichen Schwellenwerte stellen sich im Einzelfall für PPP-Modelle als Hemmnis dar. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich deshalb für eine Lockerung der Bindung an die VOB eingesetzt. Zu fordern ist in diesem Zusammenhang auch eine Erleichterung der Vergabe an Generalunternehmer (vgl. § 4 VOB/A).

e) Steuerrecht

Im Bereich des Steuerrechts ist eine Klarstellung zu fordern, inwieweit die langfristige Nutzungsüberlassung im Zuge eines PPP-Projekts Grunderwerbsteuer auslöst. Auch die Befreiung von der Grundsteuer sollte auf Grundstücke im Rahmen von PPP-Projekten erweitert werden. Zu fordern ist ferner die Steuerunschädlichkeit der üblichen Refinanzierung des priva-

ten Bereichs durch den privaten Investor im Rahmen eines PPP-Projekts.

Forderungen und Wünsche aus der Sicht des Bayerischen Landkreistags

- a) Die aufgezeigten rechtlichen Hemmnisse sollten überprüft und beseitigt werden, soweit es der zugrunde liegende Schutzzweck zulässt.
- b) Die Flexibilität des Instruments PPP oder ÖPP (öffentlich-private Partnerschaft) muss erhalten bleiben. Die Übertragung der Vorschriften des Vergaberechts auf Dienstleistungskonzessionen ist deshalb abzulehnen, ebenso ein gemeinschaftlicher Rechtsakt zur Festlegung eines Verfahrens für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen.

c) Die kommunale Zusammenarbeit darf nicht durch Regelungen des Vergaberechts beeinträchtigt werden. Die kommunale Zusammenarbeit muss unabhängig vom Vergaberecht möglich bleiben.

d) Auch die Beauftragung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen mit lokalen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sollte von der Anwendung der Vorschriften des Vergaberechts freigestellt werden.

e) Das In-House-Privileg sollte auch dann gelten, wenn der kommunale Auftraggeber nicht 100 Prozent des Kapitals der Gesellschaft, sondern lediglich eine Mehrheit des Kapitals der Gesellschaft innehat.

f) Neben dem wettbewerblichen Dialog sollte auch das Verhandlungsverfahren in erweitertem Umfang zugelassen werden. ☞

wegen fehlenden Schnees grün war. Solange während der Nacht die Schneekanonen arbeiten können, läßt sich die Skisaison verlängern. Eine Pistentraupe sorgt für gleichbleibend gute Pistenverhältnisse.

Die Maßnahme wurde durch die Landkreisbehörde, die nach der Gemeindeordnung die externe Finanzierung zu genehmigen hatte, geprüft und befürwortet. Landrat, Arbeitskreis und Bürgermeister sind sich einig, dass sich das Experiment durch Verlängerung der Laufzeiten und höhere Einnahmen in spätestens zehn bis zwölf Jahren amortisiert.

In Mehlmeisel profitieren nicht nur die Skifahrer, die bis 100 km weit ins Fichtelgebirge fahren, sondern auch die Wirtschaft und die Kaufleute in der Region. Kommen doch ständig Besucher, die sich auch von anderen Genüssen und Attraktionen in der „Wohlfühlregion Fichtelgebirge“ verzaubern lassen, wie z. B. von schönen Cafés, guten Restaurants oder dem Kristallozontbad im nahen Fichtelberg. Die Beschneigungsanlage, für die sich die Gemeindeväter so engagiert haben, bringt Nutzen für die ganze Region.

Projektinfo: Gde. Mehlmeisel: 1. Bgm. G. Pöllmann (Tel.: 09272/979-0) oder KFB GmbH unter www.kfb-reuth.de. ☞

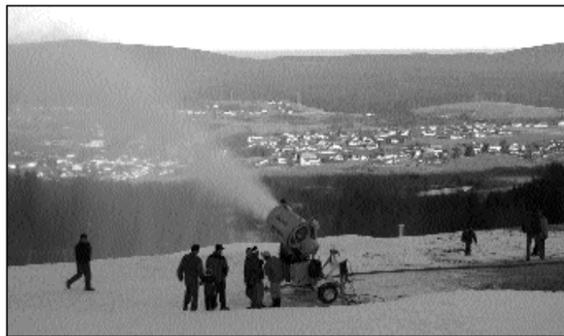
Ein „schneeweißes PPP-Modell“

Ein eher etwas exotisches „PPP (privat-public-partnership) - Modell“ der KFB wurde geschaffen durch die erste Beschneigungsanlage im Fichtelgebirge.

Auch ohne Zutun von Frau Holle garantiert der Wintersportort Mehlmeisel im Fichtelgebirge seit Dezember 2004 am Klausenhang Schnee und damit gute Bedingungen für den Wintersport. Die Gemeinde im Landkreis Bayreuth präpariert den Hang mit künstlichem Schnee aus der Schneekanone. Das Skigebiet ist seit den 60er Jahren bekannt, weil dort internationale FIS-Rennen durchgeführt wurden.

Bis es soweit war, mussten die Kommunalpolitiker viele Hürden aus dem Weg räumen. Die Gemeinde befasst sich schon seit Jahren mit der Effizienzsteigerung des Skifahrens durch die Herstellung von Kompaktschnee. So wurden schon in den 80er Jahren mobile Schnee-Erzeuger aufgestellt und mit diesen

der Schneezauber in den letzten Jahren immer später einsetzte und früher aufhörte; das heißt, von zehn Weihnachten waren gerade mal drei bis vier weiß. Die dokumentierten Temperaturdaten belegen, dass durch die Frostnächte der Schnee bereits ab Ende November liegenbleibt - wenn er da ist. Für die Gemein-



Nicht mehr auf Frau Holle angewiesen ist man in Mehlmeisel. Auch wenn es rundherum grün ist, bleibt die Piste weiß. ☞

experimentiert. Seit einiger Zeit gibt es einen Arbeitskreis, der sich für die Verbesserung der Pistenverhältnisse einsetzt.

Eigener Arbeitskreis

Dieser Arbeitskreis zeichnet seither von November bis zum März Wetterverhältnisse und Temperaturen auf - das ist gewöhnlich eine Skisaison im Gebirge. Der Rückgriff auf diese Daten ist sehr wertvoll. Man weiß jetzt beispielsweise, dass

deväter war klar, dass sie deshalb künftig selbst für den Schnee sorgen würden, wenn Frau Holle sie im Stich lassen sollte.

Genügend Wasser

Drei hochgelegene Weiher am Bayreuther Haus - praktisch am höchsten Punkt der mit drei Liftanlagen bestückten Piste - liefern ausreichendes Grundmaterial, nämlich reines Wasser, zum „Schneemachen“. Warum sollte man also nicht eine Anlage installieren, die Ski- und Snowboard-Fahrer gleichermaßen erfreut und die Gästezahlen für den Fremdenverkehrsort versteinigen hilft!

Unkonventionelle Finanzierung

Im März des vergangenen Jahres besuchte 2. Bürgermeister Winfried Prokisch eine Fortbildungsveranstaltung, die über PPP-Modelle informierte. Seither ließen ihn der Gedanke nicht mehr los, die geplante Beschneigungsanlage auf unkonventionelle Weise zu finanzieren. Schließlich führten 1. Bürgermeister Günter Pöllmann und Prokisch gemeinsam ein Vorgespräch mit der KFB Fachberatung für Kommunen GmbH aus Reuth.

Sogleich wurde der bestehende Arbeitskreis „Liftanlage“ um den Terminus „Beschneigungsanlage“ (jetzt Arbeitskreis für Lift- und Beschneigungsanlage) erweitert und man hörte sich offiziell das Angebot der KFB an.

Machbarkeitskonzept

Die KFB plädierte zunächst dafür, ein Machbarkeitskonzept auf die Beine zu stellen, das zum Ziel hatte, Beschneigungssysteme zu vergleichen, Kosten des Baues und der Installation festzustellen und die Wirtschaftlichkeit so einer Anlage nachprüfbar zu untersuchen.

Durch die vorhandenen Wasserreserven und die Wahrscheinlichkeit, dass Skifahrer früher, also bereits mit Beginn der Winterferien einsetzen und sich um zehn bis 20 Fahrtage in der Saison verlängern können, besteht Aussicht, dass sich diese Investition in einem Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren amortisiert. Mit dem Weltmarktführer TechnoAlpin aus Österreich wurde zudem ein Partner gefunden, der hervorragenden technischen Schnee erzeugen kann. Mit drei Schneekanonen wird innerhalb von 72 Stunden eine Fläche von rund 70.000 m², das sind sieben Hektar, mit durchschnittlich 30 cm Kompaktschnee verzaubert.

Seit 18. Dezember 2004 fährt man in Mehlmeisel ununterbrochen Ski. Besonders fasziniert waren die Gäste, als es ringsum

Beschneigungsanlage „Klausenlift“

Aufgaben der KFB im Machbarkeitskonzept:

- 1) Herstellung eines Geländebildes (Höhennivellement) mit allen vermessungstechnischen Angaben
- 2) Leitungsführungen mit Längenangaben
- 3) Vermessungspunkte zur Übergabe an ein Ingenieurbüro (IB)
- 4) Baugrunduntersuchung bezüglich Bodenklassen, Tragfähigkeit des Untergrundes, Einbautauglichkeit des Materials (evtl. Schichtwasser)
- 5) Erstellung einer Leistungsbeschreibung für Erdarbeiten, Bauarbeiten und Montagearbeiten, Teichkühlanlage
- 6) Erstellung einer Werkplanung für eine komplette Beschneigungsanlage mit Versorgungsanbindung an das Bayreuther Haus und die Wasserteiche
 - Tief- und Hochbau
 - Genehmigung des Versorgungsgebäudes
- 7) Schnittzeichnungen (Längsschnitte)
- 8) Feststellung der Massen
- 9) Beschreibung der Montagearbeiten
- 10) Einholen der Angebote (nach Firmenliste der Kommune) unter Ausnutzung der Grenzen nach VOB/A
- 11) Offenlegung der Angebotspreise an die Kommune (Preisvergleich)
- 12) Bietergespräche, Vergabegespräche, Bauverträge
- 13) Vergleichsangebote einholen für Beschneigungssysteme
 - entsprechende Bauteile und Lieferkomponenten
- 14) Vorbereitung der Vergabe aller Lieferungen, Leistungen und Arbeiten
- 15) Anmeldung des Vorhabens bei den Beteiligten
 - Versorgungsträger
 - Unterer Naturschutz
- 16) Gesamtkostenübersicht mit Kalkulation der gesamten Bauanlage und Bauzeitkosten
- 17) Machbarkeitskonzept mit Finanzierungsvorschlägen

Bedingungen und Auflagen der Gemeinde an die KFB:

- Übernahme der Finanzierung für 12 Jahre mit Festzinssatz (4,22 %).
- Die Gesamtkosten von €420.000,- (ohne gesetzliche Mehrwertsteuer) dürfen nicht überschritten werden.
- Die Anlage muss bis spätestens 08.12.2004 fertiggestellt und übergeben sein.
- Die KFB hat darauf zu achten, jeweils die wirtschaftlichste Lösung zu finden und auszuführen. ☞

Immobilien-Benchmarking:

Für bayerische Kommunen ein voller Erfolg

Die REAL I.S. AG, eine 100-Prozent-Tochter der Bayerischen Landesbank und ein Unternehmen der S-Finanzgruppe, hat im Jahr 2004 ein Verbundprojekt Immobilien-Benchmarking für bayerische Kommunen mit Unterstützung durch die kommunalen Spitzenverbände - Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag und Verband der bayerischen Bezirke - sowie den bayerischen Sparkassen durchgeführt. Die Initiative stieß mit 69 teilnehmenden Kommunen, davon 29 Gemeinden, 24 Städten und 16 Landkreisen und 620 kommunalen Gebäuden mit einer Bruttogrundfläche von rund zwei Millionen Quadratmeter, auf größtes Interesse.

Primäres Ziel war es, bei den drei untersuchten Nutzungsarten (Verwaltungsgebäude, Schulen und Kindergärten/-tagesstätten) Kostentransparenz zu schaffen und anhand realistischer Bench-

Entscheidern, Handlungsmaßnahmen anzustoßen und ihr Immobilienmanagement zu optimieren.

Die Ergebnisse, die in den Themengebieten Bewirtschaf-

potenziale bei den Gesamtkosten von bis zu 50 Prozent (siehe Abbildung).

Aus der Hochrechnung der möglichen Einsparpotenziale auf die Kosten der analysierten Gebäude lassen sich jährliche Einsparungen bei den Bewirtschaftungskosten von über 9 Millionen Euro bei den Schulgebäuden aufzeigen, gefolgt von knapp 3,5 Millionen Euro bei den Verwaltungsgebäuden und rund 1 Million Euro bei den Kindergärten. Die jährlichen Bewirtschaftungskosten könnten je nach Nutzungsart und Objekt von 7.000 bis zu über 30.000 Euro geringer sein.

Einsparpotenziale

Im Durchschnitt aller Nutzungsarten stellen die Reinigungskosten den größten Kostenblock mit 50 Prozent dar und beinhalten mögliche jährliche Einsparungen von 6,1 Mio. Euro. Die Instandhaltungskosten stellen mit 20 Prozent den zweitgrößten Anteil dar - vor dem Hintergrund, dass die ermittelten Werte im Schnitt unter der eigentlichen Zielgröße und folglich unter dem eigentlich erforderlichen Instandhaltungsbedarf liegen (siehe Absatz Instandhaltungsproblematik).

Bei den Wärmekosten, die einen Anteil von rund 19 Prozent ausmachen, sind Einsparungen von 4,6 Millionen Euro jährlich möglich. Die knapp 9 Prozent Stromkosten entsprechen Einsparungen von 2,7 Millionen Euro und nur bei den Wasserkosten, die auch den geringsten Anteil mit 2 Prozent an den Gesamtkosten darstellen, sind Einsparpotenziale von 300.000 Euro vorhanden.

Instandhaltungsproblematik

Bei der Datenanalyse war ein deutliches Optimierungspotenzial im Bereich der Instandhaltung zu identifizieren. Bei 250 Gebäuden, unabhängig von der Nutzungsart, wurde ein Instandhaltungsrückstau - darunter sind bautechnisch notwendige Maßnahmen zu verstehen, die beispielsweise aus finanziellen Gründen zurückgestellt wurden - von rund 100 Mio. Euro angegeben. Die Werte reichen von 500 Euro bis fünf Mio. Euro und ergeben

im Durchschnitt etwas mehr als 400.000 Euro pro Gebäude. Bei einer Gebäudefläche von rund 1,1 Mio. m² NGF bei diesen 250 Gebäuden beträgt der durchschnittliche Instandhaltungsrückstau ca. 90 Euro für jeden Quadratmeter Nettogrundfläche.

Stimmen zum Projekt

Der Gemeinde Burgkirchen a. d. Alz, die sich mit zehn Gebäuden am Projekt beteiligte, hat in der Feedback-Befragung das Immobilien-Benchmarking Projekt mit der Note „sehr gut“ beurteilt und kann es auch anderen Kommunen absolut empfehlen. Erster Bürgermeister Josef Rapp: „Obwohl bereits ein 'Energiebericht' vorgelegen hat, konnte durch das Benchmarking ein Teil unseres kommunalen Immobilienbestandes noch genauer durchleuchtet und noch transparenter dargestellt werden. Wir wissen jetzt noch besser, wo der Hebel anzusetzen ist, um finanzielle Einsparpotenziale zu realisieren.“

Beispiel Unterhaching

Die Gemeinde Unterhaching, die bereits im vergangenen Jahr am Immobilien-Benchmarking für Kommunen mit neun Gebäuden (ein Verwaltungsgebäude, zwei Schulen und sechs Kindergärten) teilgenommen hat, hat sich bereits für das neue Projekt, das im April 2005 startet, wieder angemeldet. Bürgermeister Dr. Erwin Knapke dazu: „Durch unser aktives Handeln gelingt es uns, die Ressource Immobilie gezielt zu managen und zu optimieren und dadurch den Haushalt zu konsolidieren.“

Ausblick

Aufgrund des großen Erfolgs wird den Kommunen die Initiative auch im Jahr 2005 und über die Grenzen des Freistaats Bayern hinaus angeboten. Das Verbundprojekt der Sparkassen-Finanzgruppe startet im zweiten Quartal 2005. Ziel ist es, das Benchmarking zu einem kontinuierlichen Controlling Instrument im Immobilienmanagement zu entwickeln und den Kommunen dadurch eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu geben.

Autoren

Dipl.-Ing. Stefan Bogenberger, MSc. Projektleiter bei der REAL I.S. AG.; eMail: Stefan.Bogenberger@realisag.de
Dr.-Ing. Lars Bernhard Schöne, Direktor bei der REAL I.S. AG.; eMail: Lars.Schoene@realisag.de



In diesem ehemaligen Ökonomie-Pfarrhof in Holzhausen bei Geisenhausen, Landkreis Landshut, soll das „Haus der bayerischen Trachtenkultur und Trachtengeschichte“ eingerichtet werden. Der Vierseithof aus dem 19. Jahrhundert zählt damit zu den wenigen noch erhaltenen großen Ökonomie-Pfarrhöfen in Bayern, er steht seit rund zehn Jahren leer. Zwischen dem Trachtenverband und der Erzdiözese München-Freising wurde jetzt der Erbbauvertrag unterzeichnet. Text und Foto: Göllinger

Wo es sich wohnen und leben lässt

Indikatoren des Landkreises Günzburg positiv bewertet

Der Landkreis Günzburg gehört zu den Regionen in Deutschland, wo es sich als Familie gut wohnen und leben lässt. Im „Prognos Familienatlas 2005“, kürzlich vorgestellt von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, erfüllt die „Familien- und Kinderregion“ durchwegs Indikatoren, die zu einer positiven Gesamtbewertung führten.

Beim „Prognos Familienatlas 2005“ wurden alle 439 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland untersucht. Hier handelt es sich allerdings im Gegensatz zum „Prognos Zukunftsatlas“, wo der Landkreis Günzburg den 130. Platz erreichte und als „Region mit Zukunftschancen“ bewertet wurde, nicht um ein Ranking der Regionen. Die Familienministerin betonte bei der Veröffentlichung, dass keine Region besonders gut ist, überall gebe es Defizite. Sie hielt außerdem fest, dass Familienfreundlichkeit der „Standortfaktor der Zukunft“ sei und jede Region Möglichkeiten habe, sich zu einer familienfreundlichen und damit wachstumsfähigen Region zu entwickeln.

88 Landkreise und kreisfreie Städte erfüllen in den Bereichen Demografie, Betreuungsinfrastruktur, Bildung/Arbeitsmarkt, Familie/Beruf und Sicherheit/Wohlfahrt die Indikatoren zwischen dem Minimum- und Maximumwert und werden deshalb auch ausdrücklich in der Gruppe A „Wo es sich als Familie gut wohnen und leben lässt“ hervorgehoben. Aus Schwaben werden neben dem Landkreis Günzburg

noch die Landkreise Aichach-Friedberg, Dillingen, Lindau und Oberallgäu genannt. Positive Indikatoren und somit besser als der Mittelwert erreichte der Landkreis Günzburg in den Bereichen Demographie, Bildung/Arbeitsmarkt und Sicherheit/Wohlfahrt. Innerhalb der Minimum- und Maximumgrenze, aber geringfügig unter dem Mittelwert wurde der Landkreis in den Bereichen Betreuungsinfrastruktur und Familie/Beruf eingestuft.

Bestätigter Kurs

Landrat Hubert Hafner wertet die Ergebnisse der Studie für den Landkreis Günzburg als äußerst erfreulich. Er sieht sich dadurch in seinem Kurs, den Landkreis Günzburg als „Familien- und Kinderregion“ weiter zu entwickeln, bestätigt. Bereits vor fünf Jahren hat der Landkreischef die Positionierung des Landkreises Günzburg als „Familien- und Kinderregion“ in die Wege geleitet und zu deren Umsetzung mit weiteren Gesellschaftern aus dem öffentlichen und privaten Bereich die „Regionalmarketing Günzburg GbR“ gegründet.

Hans Joas

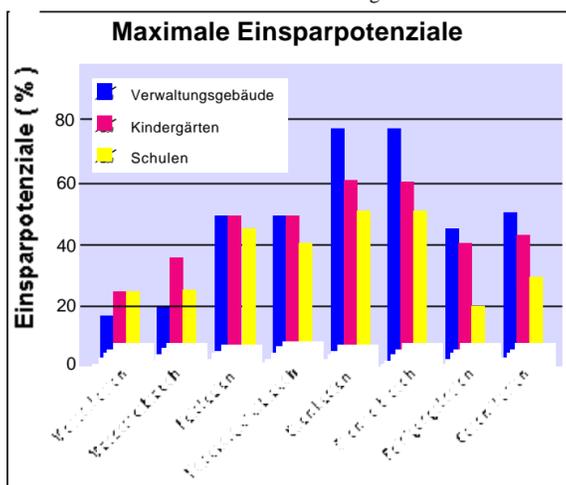


Abb. Einsparpotenziale.

marks (Zielgrößen) konkrete Einsparpotenziale zu identifizieren. Die aufgezeigten Potenziale ermöglichen den kommunalen

kosten, Verwaltungseffizienz und Flächeneffizienz anhand von 15 Kennzahlen dargestellt wurden, identifizieren Einspar-

13. Bayerischer Bauingenieuretag in München:

Bayern bundesweit Vorreiter bei Baurechtsreform

Eine überzeugende Bilanz der Baurechtsreform in Bayern zog Staatskanzleichef Erwin Huber beim 13. Bayerischen Ingenieuretag der Ingenieurekammer-Bau in München. Huber: „Die Baurechtsreform ist Musterbeispiel für die erfolgreiche Deregulierungsoffensive der Staatsregierung. Die Baurechtsnovelle 1994 war der Startschuss für eine durchgreifende Vereinfachung des Baurechts in Bayern. Seit 1994 sind über 111.000 Wohngebäude genehmigungsfrei gebaut worden. Das ist etwa ein Drittel des gesamten Wohnungsbaus.“

Wo für Bauvorhaben noch eine Genehmigung erforderlich ist, können laut Huber rund 80 Prozent aller Bauvorhaben im vereinfachten Genehmigungsverfahren erledigt werden. Dadurch haben Bauherren seit 1994 bayernweit über 143 Millionen Euro an Genehmigungsgebühren gespart. Nur noch 6 Prozent aller Bauvorhaben durchlaufen heute das herkömmliche Genehmigungsverfahren. „Damit gibt Bayern ein klares Signal für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie.“

Konsequentes Vorgehen

Der bayerische Reformansatz im Baurecht habe Vorbildfunktion für ganz Deutschland. Das Modell der Genehmigungsfreistellung sei von vielen Bundesländern übernommen worden. Der Grundgedanke der bayerischen Reform bestimme auch die Musterbauordnung als Leitlinie der Bauordnungsgesetzgebung der Länder.

Das Beispiel des Baurechts zeige, wie konsequent Vorschriften zum Vorteil der Bürger und der Wirtschaft abgebaut werden können, wenn die Politik den Bürokratieabbau entschlossen anpackt. Deutschland sei immer noch viel zu sehr gefesselt von Vorschriften und endlosen Genehmigungsver-

fahren. Huber: „Die deutsche Staatsgläubigkeit überschätzt den Staat und unterschätzt den Bürger. Bayern hat ein anderes Staatsverständnis als die rote Bundesregierung. Wir setzen voll auf Deregulierung. Wir wollen weniger Vorschriften, weniger Genehmigungen und weniger Prüfungen für mehr Unternehmerteil und mehr Arbeitsplätze. Unser Motto in Bayern lautet: ‚Die beste Genehmigung ist diejenige, die man gar nicht braucht.‘“

Henzler-Kommission

Deshalb habe Bayern eine Kommission unter Professor Henzler eingesetzt, die zahlreiche Vorschläge zur Entbürokratisierung unterbreitet habe. Huber: „Die Zwischenbilanz der Umsetzung kann sich sehen lassen: Wir haben bereits alle 105 Empfehlungen sorgfältig geprüft, 95 haben wir aufgegriffen, 75 sind schon auf den Weg gebracht. Und 20 haben wir bereits vollständig umgesetzt.“ Ein Drittel der Verwaltungsanweisungen werde gestrichen. Seit Januar 2003 sei die Zahl der Landesgesetze von 346 auf 312 zurückgegangen. Die Zahl der Landesverordnungen werde von über 1.100 auf rund 850 reduziert. Huber: „Damit ist Bayern Deregulierungsvorreiter in Deutschland.“

Baulandentwicklung und Baulandmobilisierung:

Instrumente und Strategien

Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung veröffentlicht Dissertation

Fast nirgends ist das Beziehungsgeflecht zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen und Aspekten so komplex wie beim Thema Baulandentwicklung. Auch künftig bleibt eine kontinuierliche Entwicklung und Mobilisierung ausreichender Bauflächen für eine nachhaltige Entwicklung unverzichtbar - ein nicht ganz einfaches Unterfangen, wenn man sich die angespannte Lage der meisten Kommunen vor Augen führt. Welche Instrumente und Strategien ihnen zur Verfügung stehen, um der Problematik Herr zu werden, schildert Melanie Markstein, Studentin der TU München, in ihrer nunmehr vom Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung veröffentlichten Dissertation, die den Titel trägt „Instrumente und Strategien zur Baulandentwicklung und Baulandmobilisierung in Deutschland, Österreich und der Schweiz“.

Sowohl in Österreich als auch in Deutschland ist die aktive Beteiligung der Gemeinden am Geschehen auf dem Baulandmarkt in Form einer Bodenvorratspolitik und auch der Einsatz von Verträgen sehr beliebt. Der wohl wesentlichste Unterschied zur Schweiz liegt wohl darin,

dass eine aktive Bodenvorratspolitik durch die Gemeinden so gut wie gar nicht zum Einsatz kommt, ja sogar „verpönt“ ist. Auch der Einsatz von Verträgen mit den Eigentümern ist nicht sehr verbreitet. Im Vergleich zur Schweiz und Österreich nimmt wiederum Deutschland insofern

eine Sonderrolle ein, als dass hier die Palette an Instrumenten und Strategien wesentlich größer und vielfältiger ist. Auffallend ist auch der unterschiedliche Stellenwert der Bodenordnung in den Untersuchungsländern, der sich insbesondere in der Historie begründen lässt.

Bewusstseinsbildung

Grundsätzlich, so zeigt die Untersuchung, „wird immer viel davon abhängen, in welchem Maß die Gemeindeführung bereit ist, in der Boden- und Baulandpolitik eine aktive Rolle zu übernehmen“. Daher erscheint es besonders wichtig, nicht nur

neue Instrumente und Strategien zu schaffen oder bestehende zu verbessern, sondern begleitend auf Gemeindeebene eine Bewusstseinsbildung für die Möglichkeiten zu schaffen, die die einzelnen Instrumente und Strategien bieten. Daneben müssen den Kommunen die Vorteile einer flächensparenden Siedlungsentwicklung und einer bestmöglichen Nutzung der Infrastruktur aufgezeigt werden. Dazu bedarf es u.a. einer gezielten Unterstützung der Gemeinden durch die Länder. Für die Kommunen gilt, dass eine vorausschauende Grundstückspolitik schon immer der Königsweg zu einer erfolgreichen Kommunalpolitik war.

Grundsatzbeschlüsse

Um eine einheitliche Linie der gemeindlichen Boden- und Baulandpolitik vorzugeben, sind die

Gemeinden dazu anzuhalten, verstärkt Grundsatzbeschlüsse zu fassen. Die Kommunen sollten darin sogar soweit gehen, dass sie die Entwicklung von Bauland davon abhängig machen, ob die Eigentümer sich zur Nutzung des Baulands verpflichten. Dabei können sie durchaus ihre gemeindliche Planungshoheit zur aktiven Steuerung der Baulandentwicklung einsetzen. Grundsätzlich sollte neues Bauland deswegen nicht ohne Gegenleistung ausgewiesen werden.

Wirksame Mobilisierung

Die Untersuchung hat gezeigt, dass mit den bestehenden Instrumenten wirksamer Bauland mobilisiert werden könnte als das derzeit der Fall ist. Dies gilt insbesondere bei Neuausweisungen. In diesem Zusammenhang kommt den städtebaulichen Verträgen eine große Bedeutung zu. Um die Mobilisierung bestehenden Baulands zu verbessern, braucht es in erster Linie eine konsequente Anwendung und Durchsetzung allfälliger Sanktionen. Ergänzend hierzu bedarf es der Kooperation der Grundstückseigentümer sowie einer erhöhten Transparenz des Grundstücksmarkts. Hierzu sollten Modelle zum Baulückenmanagement, beispielsweise in Form eines Baulückenkatasters, entwickelt werden.

Steuer- und Abgabenpolitik

Ein großer Handlungsspielraum ist laut Untersuchung in der Steuer- und Abgabenpolitik zu sehen. Allerdings sollte von der Einführung weiterer Steuern dringend abgesehen werden. Um einen Anreiz zum Flächensparen zu schaffen und tatsächliche Lenkungseffekte zu erzielen, birgt die Grundsteuer ein großes Potenzial in sich. In ihrer derzeitigen Ausgestaltung bietet sie jedoch keinerlei Anreiz zum Flächensparen. In einer ohnehin anstehenden Reform der Grundsteuer sollte diese deswegen umfassend umgestaltet werden. Diese Reform wiederum, so die Empfehlung, ist in eine allgemeine Reform der kommunalen Steuern einzubetten. Um neben der Steuer einen weiteren Anreiz zur Baulandmobilisierung zu schaffen, sollten den Eigentü-

mern bei einer Mobilisierung von Bauland Steuervergünstigungen gewährt werden. Ein derartiges Modell hätte große Aussicht auf Erfolg, gleichzeitig würden die Bürger durch weitere Steuererhöhungen nicht zusätzlich belastet.

Angesichts der bestehenden Haushaltsmisere sind die Kommunen finanziell zu entlasten. Deswegen müssen bei künftigen Verfahren die Planungsbegünstigten stärker an den tatsächlichen Kosten der Baulandentwicklung beteiligt werden. Grundsätzlich gilt daher, effiziente sowie kosten- und zeitsparende Entwicklungsmodelle einzusetzen, die die Steuerungsfähigkeit der Kommunen erhalten. Hierbei bieten städtebauliche Verträge Lösungen an. Doch sollte grundsätzlich darauf hingewirkt werden, die begünstigten Grundstückseigentümer zur Übernahme aller Kosten der Baulandentwicklung heranzuziehen und nicht alle planerisch bedingten Bodenwerterhöhungen als unverdienter Gewinn zu Gunsten der Allgemeinheit abzuschöpfen.

PPP für Kommunen

Die Studie hat überdies gezeigt, dass insbesondere der Bereich der kooperativen Maßnahmen in Form von Public-Private-Partnership für die Kommunen neue Möglichkeiten der Baulandentwicklung und -bereitstellung eröffnet. Obwohl es einige Ansätze integrierter Modelle mit Planung, Bodenordnung, Erschließung und Mobilisierung sowie Finanzierung durch Private gibt, finden sie bislang in der Praxis noch keine umfassende Anwendung. Dies gilt insbesondere für die vielfältigen Möglichkeiten, die städtebauliche Verträge eröffnen. Hervorzuheben sind hierbei insbesondere Kooperationen mit privaten Erschließungsträgern im Rahmen einer gesetzlichen Baulandumlegung. Sie führen zu kostengünstigen und zeitnahen Lösungen. Davon sollte verstärkt Gebrauch gemacht werden.

Insgesamt wird es die Zukunftsaufgabe sein, ein Baulandkonzept zu erarbeiten, das sowohl Demographie und Flächenressourcenmanagement als auch den Sozial- und Regionalaspekt berücksichtigt. **DK**

Stadengemeinde Langenneufnach:

Dorferneuerung in den Startlöchern

Die Stadengemeinde Langenneufnach verändert ihr Gesicht. Nicht von heute auf morgen, sondern nach und nach, in kleinen Schritten. Die nachhaltige, langfristige Dorferneuerung ist in der Neufnachalmgemeinde schon seit 1999 das große Thema - jenseits der aktuellen, oft kurzlebigen Tagespolitik. Die Mitglieder des Gemeinderates, die Teilnehmergemeinschaften der laufenden Flurbereinigerverfahren und - allen voran - der rührige Arbeitskreis „Bürger aktiv - Dorfleben“ ziehen an einem gemeinsamen Strang. Sie wollen die Entwicklung ihres Heimatortes steuern, aktiv mitgestalten und in die richtigen, zukunftsweisenden Bahnen lenken. „Langenneufnach 2015“ heißt das Ziel.

Auf dem (langen) Weg dorthin soll das Jahr 2005 zu einem Schlüsseljahr werden. Mit der Anordnung der Dorferneuerung durch die Direktion für Ländliche Entwicklung (DLE) Krumbach wird noch heuer gerechnet. Und auch der Wahl einer handlungsfähigen Vorstandschaft steht dann nichts mehr im Weg. Zehn Jahre haben die Langenneufnacher dann Zeit, ihre Pläne zu verwirklichen und ihre Projekte in die Tat umzusetzen.

Schwerpunkte

Drei große Schwerpunkte haben sich mittlerweile herauskristallisiert, an denen die Dorferneuerung ansetzt: der Bahnhof und das umliegende Gelände im „Unterdorf“, der zentrale Bereich Kirche/Rathaus/Schule sowie die Kreuzungen Schwabmünchner Straße/Wörthofer Straße und Schwabmünchner Straße/Rathausstraße im südlichen „Oberdorf“.

Einbindung in den Prozess

Daneben stehen acht weitere Maßnahmen und Projekte auf der Agenda, die allerdings kleiner und weniger aufwändig sind, wie beispielsweise die gefährdeträchtige Verkehrssituation im Bereich der Gewerbetriebe Mayr und Bachler in der Hauptstraße. Bereits in der Umsetzungsphase sind ein örtliches Wegekonzept, gekoppelt mit der Neuanlage von Querverbindungen in West-Ost-Richtung, und ein Radweg mit Anschluss ans überörtliche Radwegenetz. Dreh- und Angelpunkt vieler Maßnahmen im Bereich der Neufnach-Talaaue ist die immer noch offene Frage, ob und wann mit einer dauerhaften Reaktivierung der Staudenbahn für den Öffentlichen Personennahverkehr zu rechnen ist.

Wichtig war und ist es den Initiatoren von Anfang an, die gesamte Bevölkerung - alt und jung, „Eingeborene“ und Neubürger, Landwirte und Gewerbetreibende - in den Entscheidungsprozess einzubinden und diesen damit auf ein möglichst

breites Fundament zu stellen. Eine groß angelegte Bürgerbefragung, ein Seminarwochenende in der Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten, vier eigens anberaumte Bürgerversammlungen, sowie - erst im Sommer vorigen Jahres - die Entwicklung eines Leitbildes waren die vorbereitenden Schritte.

Kernsätze des Leitbildes

„Langenneufnach - natürlich anders, liebens- und lebenswert für alt und jung, ländlich und offen für Neues“ - so lauten die Kernsätze des Leitbildes. Als Ziele werden darin der Erhalt der Infrastruktur, die Ansiedlung junger Familien und ein gesundes Wachstum von derzeit 1780 auf bis zu 2000 Einwohner definiert. Bei all diesen „individuellen“ Maßnahmen dürfe aber das „Große Ganze“, die Einbindung Langenneufnachs in die Staudenregion, nicht aus den Augen verloren werden. Bürgermeister Josef Böck und Arbeitskreissprecher Anton Böck: „Nur wenn wir auch jenseits unseres eigenen Kirchturms wissen, was und wohin wir wollen, ist unsere individuelle Dorferneuerung und -erneuerung sinnvoll und erfolgreich.“

Praktische Umsetzung

Jetzt geht es allmählich an die praktische Umsetzung und an die Einleitung konkreter Schritte. Hilfestellung holen sich die Langenneufnacher dafür von kompetenten Fachleuten: Städteplaner Otto Kurz (München) und Landschaftsplaner Peter Markert (Burg/Thannhausen) arbeiten Hand in Hand mit Gemeinderat und Arbeitskreis zusammen. Für die geplanten Maßnahmen zur Sicherung der Infrastruktur, zur Steigerung des Lebens- und Wohnqualität, zur Verschönerung des Ortsbildes und zur Optimierung der Verkehrssicherheit stellt der Gemeinderat - verteilt auf die nächsten zehn Jahre - gut 2,3 Millionen (inklusive der entsprechenden Zuschüsse) Euro in der Finanzplanung bereit. **wkl**



Vermessung der Kleindenkmäler.

Klein- und Flurdenkmäler:

Erfassung in weiteren 13 EuRegio-Gemeinden

Startschuss für Folgeprojekt SEHEN und SICHERN

Elf EuRegio-Gemeinden haben im Rahmen des EU-Projektes „Schätze der Kulturlandschaft“ ihre Klein- und Flurdenkmäler erfasst und mit Hilfe einer Internetdatenbank archiviert. Durch die Genehmigung einer weiteren INTERREG III A-Förderung haben nun neuerlich interessierte Städte und Gemeinden die Möglichkeit, kostengünstig und mit qualitativ hochwertiger Betreuung ihre Klein- und Flurdenkmäler in die Datenbank einzuarbeiten.

Weitere Schwerpunkte des Projektes sind die wissenschaftliche Bearbeitung der erfassten Daten sowie die Vermittlung von Basiswissen zu Pflege und fachgerechtem Restaurieren der Denkmäler. Auch das Thema „Sicherheit“ wird im Rahmen des Projektes behandelt.

Datenbank

Erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde im Rahmen des Projektes „Schätze der Kulturlandschaft - Datenbank zur Erfassung der Klein- und Flurdenkmäler in der EuRegio“ demonstriert. Auf Anregung der EuRegio Facharbeitsgruppe Kultur wurde dieses Projekt in den Jahren 2001 bis 2004 mit elf Pilotgemeinden erfolgreich umgesetzt. Die Städte und Gemeinden Ainring, Bad Reichenhall, Laufen, Traunreut, Trostberg, Elsbethen, Lamprechtshausen, Oberdorf, Saalfelden, St. Koloman und Seeham erfassten ihre Kapellen, Marterln, Bildstöcke und andere Kleindenkmäler und stellten sie in die im Rahmen des Projektes programmierte Datenbank ein. Unter www.kleindenkmaler.com sind die Kleindenkmäler der Pilotgemeinden sowie weitere Informationen zu diesem Projekt abrufbar.

Insgesamt sind aktuell 1007 Objekte aus den genannten 11 Gemeinden erfasst und einheitlich dokumentiert. Entsprechende Schulungen der Sachbearbeiter in den Gemeinden zu den Themen digitale Fotografie, Datenerfassung und Dateneingabe

sowie eine fachliche Betreuung und Endkontrolle waren für dieses qualitativ hochwertige Ergebnis ausschlaggebend.

Das große Interesse an den in den Gemeinden organisierten Präsentationsveranstaltungen zeigte deutlich, dass mit diesem Projekt das Bewusstsein der Bevölkerung für die Klein- und Flurdenkmäler geschärft wurde. Zahlreiche Objekte wurden als Folge des Projektes renoviert, neu hergerichtet, die Wertschätzung der Besitzer für ihre Denkmäler gesteigert.

Folgeprojekt startet ab sofort

Die überaus positiven Rückmeldungen aus den beteiligten Gemeinden sowie das Interesse weiterer Städte und Gemeinden, ihre Klein- und Flurdenkmäler ebenfalls mit Hilfe der Datenbank zu erfassen, motivierte das Projektteam unter der Leitung des Salzburger Bildungswerkes ein Folgeprojekt zu konzipieren und zur Förderung über die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA einzureichen. Nach erfolgter Fördergenehmigung kann ab sofort mit der Projektumsetzung begonnen werden.

Integriert in das Projekt sind die Städte und Gemeinden Berchtesgaden, Chieming, Freilassing, Piding, Saaldorf-Surheim, Teisendorf und Traunstein auf bayerischer Seite sowie im Land Salzburg Anthering, Hallwang, Lessach, Salzburg (Stadtteil Lieferung) St. Georgen und Weißbach bei Lofen. Die genann-

ten Gemeinden werden durch Multiplikatoren, die zum Teil bereits Erfahrungen aus dem Pilotprojekt mitbringen und entsprechend geschult werden, bei den Erfassungsarbeiten fachlich und organisatorisch begleitet und unterstützt.

Wissenschaftliche Bearbeitung erfasster Daten

Die Unterstützung der mitwirkenden Gemeinden bei ihren Erhebungsarbeiten sowie die Publikation von Dokumentationsbänden sind aber nicht die einzigen Projektinhalte dieses neuen EU-Projektes. Vielmehr wird basierend auch auf den Ergebnissen des Pilotprojektes und des Folgeprojektes die Vielfalt der Klein- und Flurdenkmäler in ihren regionalen Besonderheiten ausführlich dokumentiert werden. Anhand der erhobenen Daten werden besondere regionale Unterschiede der Klein- und Flurdenkmäler in der EuRegio erforscht - Baumaterialien und Motive, sowie die Bedeutung der Flora und Fauna wissenschaftlich beleuchtet.

Weitere wichtige Meilensteine in dem Projekt sind die umfassenden Informationen über die richtige Pflege und Sanierung der Kleindenkmäler sowie über den bestmöglichen Schutz der Objekte vor Diebstahl.

Außerdem ist geplant, eine regionale und internationale Plattform zur Erhaltung der Klein-

und Flurdenkmäler zu gründen, die zur Verbesserung des grenzüberschreitenden und europaweiten Informationsaustausches sowie zur Förderung der vernetzten Zusammenarbeit, insbesondere unter Einbindung der neuen EU-Staaten beitragen soll.

Auftakt für mitwirkende Gemeinden im April

Eine neue Ausrichtung soll das Projekt auch mit der Einbindung von Schulen, Universitäten und Erwachsenenbildungseinrichtungen erfahren, wodurch die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung weiter erhöht und somit die nachhaltige Wirkung des Projektes dokumentiert wird.

Für die mitwirkenden Gemeinden fällt der Startschuss für ihre Erhebungsarbeiten mit einer Auftaktveranstaltung im April des Jahres. Im Rahmen einer ganztägigen Veranstaltung werden sowohl theoretisches Wissen verbal und in Form eines ausführlichen schriftlichen Leitfadens sowie praxisorientierte Vorgehensweise an Klein- und Flurdenkmälern vor Ort vermittelt.

Weitere interessierte Gemeinden können sich noch bis Ende März 2005 bei der EuRegio Geschäftsstelle in Freilassing, (Gabriele Pursch, Tel. 0049/8654/772-109) oder beim Salzburger Bildungswerk (Dipl.-Ing. Richard Breschar, Tel. 0043/662/872691-19) melden. **z**



Der Patcher wurde entwickelt für eine wirtschaftliche und wirkungsvolle Ausbesserung von Schlaglöchern, Rissen und vergleichbaren Fahrbahnschäden.

Marktneuheit:

SCHMIDT Road Repair Patcher

Die geringer werdenden Finanzmittel für die Straßenunterhaltung erfordern längere Standzeiten von Bundes-, Kreis- und Kommunalstrassen. Das bedeutet für die Schadensbeseitigung an bituminösen Decken: je eher und schneller, desto wirtschaftlicher und wirkungsvoller. Der SCHMIDT Road Repair Patcher kann volkswirtschaftliche Schäden in Millionenhöhe verhindern.

Der Patcher wurde entwickelt für eine wirtschaftliche und wirkungsvolle Ausbesserung von Schlaglöchern, Rissen und vergleichbaren Fahrbahnschäden. Er kann auf die Pritsche von serienmäßigen LKW aufgesetzt oder über Wechselsysteme aufgenommen werden.

Die Ausbesserung von Schlaglöchern mittels eingebautem Makadam ist ein bewährtes, viel beschriebenes Verfahren. Mit dem Patcher wurde ein bedeutender Fortschritt erzielt. Die Maschine erzeugt eine homogene Mischung aus Splitt- und Bitumenemulsion, die mit hoher Geschwindigkeit in die Schadstelle geblasen wird. Damit entfällt eine nachträgliche Verdichtung.

Der Patcher liefert eine hervorragende Mischqualität im Vergleich zu herkömmlichen Strassenreparaturverfahren. Schlechte Verbindungen und minderwertige Verdichtungen sind bei diesem Verfahren bedeutungslos.

Der Road Repair Patcher ist äußerst wirtschaftlich durch:

- Einmannbedienung
- Hohe Transportgeschwindigkeit

- Überlegene Kapazität
 - Sparsamer Materialverbrauch
 - Minimaler Materialüberschuss.
- Über einen zweiteiligen Ausleger wird vom Mischkopf aus folgendes Material ausgebracht: Pressluft, Emulsion, Splitt, Gemisch aus Emulsion und Splitt.

Der komplette Arbeitsablauf wird vom Fahrersitz aus gesteuert. Mit 2 Joysticks hat der Bediener alle Funktionen im Griff. Der Bediener hat einen sicheren und ergonomischen Arbeitsplatz mit angenehmen Temperaturen. Er ist keinem Schmutz oder Bitumendämpfen ausgesetzt, und er hat eine ausgezeichnete Übersicht auf sein Arbeitsfeld.

Die besondere Wirtschaftlichkeit des Patchers ist seine Transportgeschwindigkeit. Am Arbeitseinsatz angekommen ist er schnell aus der Transportstellung in die Arbeitsstellung eingerichtert.

Der Patcher erwärmt und mischt das Material selbst. Der Arbeitsbeginn kann nach Erreichen des Einsatzortes sofort erfolgen. Ausbesserungsarbeiten können temperaturunabhängig zu jeder Jahreszeit ausgeführt werden.

Neue Abgastechnologie bei Linienbussen:

Deutschlands erster Bus mit Euro-5-Norm

Deutschlands erster Linienbus mit neuartiger Abgastechnologie läuft auf Bayerns Straßen. Dies teilte Umweltminister Werner Schnappauf in Erlangen bei der Vorstellung des ersten Euro-5-Busses mit mit Selective Catalytic Reduction (SCR)-Abgastechnologie mit.

Der Stickstoffoxidausstoß wird hierbei drastisch vermindert, indem die bei der Verbrennung entstehenden schädlichen Stickstoffoxide mit Hilfe der neuen Technik und dem zusätzlichen Betriebsstoff AdBlue in Luft und Wasser umgewandelt werden. Durch die neuartige Abgasbehandlung erreichten Dieselmotoren so niedrige Stickstoffoxidwerte, dass bereits jetzt die von 2008 an geltende Euro-5-Norm eingehalten werden könne. Der neue "Saubere-Bus" wird jetzt im Alltagsbetrieb getestet. Die innovative Technologie habe wegen der Verbreitung von Dieselfahrzeugen ein großes Potenzial, um die Luftqualität gerade in Ballungsräumen weiter zu verbessern.

Bayerns Luft soll noch schneller noch sauberer werden, so der Minister: „Luftverschmutzung ist ein ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko. Gerade das geruchlose Gas Stickstoffdioxid kann zu Asthma und Bronchitis führen. Die neue Technik hilft entscheidend, den Stickstoffoxid-Gehalt in der Luft zu verringern. Denn zwei Drittel der verkehrsbedingten Stickstoffoxide stammen von Nutzfahrzeugen.“

Im Freistaat werden bereits die verschärften europäischen Luftqualitäts-Grenzwerte für Schwefeldioxid, Benzol, Kohlenmonoxid und Blei landesweit eingehalten. Das SCR-Pilotprojekt wird mit rund 170 000 Euro gefördert. Weitere Beteiligte am Erlanger Pilotprojekt sind TÜV Automotive GmbH, TÜV SÜD Gruppe, VAG, MAN und WIBERA. Der Betriebsstoff AdBlue wird von OMV geliefert. Zwei weitere Busse werden voraussichtlich im März 2005 folgen. **dhg.**

VKU-Landesgruppenversammlung 2004:

Gefestigte Position im Markt

Die Stadtwerke haben auch in den vergangenen beiden Jahren auf Grund der hohen Zufriedenheit mit ihren Leistungen ihren Platz behauptet. Darauf verwies Vorsitzender Erich Groß, Werkleiter der Stadtwerke Landshut, RGE OBAG, vor etwa 130 Gästen aus dem In- und Ausland bei der Mitgliederversammlung 2004 des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) in Landshut.

Die im VKU in Bayern organisierten 149 kommunalen Dienstleistungsunternehmen stellen mit einem Gesamtumsatz von mehr als 8,1 Milliarden Euro und über 22.500 Beschäftigten einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Vor Ort sind sie vielfach ein wichtiger und stabiler Arbeit- und Auftraggeber für das heimische Handwerk und Gewerbe. Fast 800 Millionen Euro wurden im Jahr 2003 investiert.

Bildung von Oligopolen

Gleichwohl, so Groß, zeichne sich eine gefährliche Entwicklung ab, „in der die Politik immer weniger die Vielfalt der wirtschaftlichen Strukturen berücksichtigt und immer mehr das Heil in der Förderung der schieren Größe sucht“. In der Energiewirtschaft hätten sich dadurch Marktstrukturen hin zur Bildung von Oligopolen verändert, die durch die Übernahme von Beteiligungen an Stadtwerken weiter wachsen wollen. Inzwischen habe das Bundeskartellamt derartige Aktivitäten durch eine deutlich verschärfte Missbrauchsaufsicht stark reduziert. Es dürfe nicht sein, dass einige Großkonzerne den deutschen oder gar europäischen Markt zum Nachteil der Kunden unter sich aufteilen. Der Wettbewerb lebe vom Unterschied und benötige Wettbewerber - und nur die Vielzahl unabhängiger Stadtwerke könne Pluralismus in der Energie- und Wasserversorgung gewährleisten, betonte der Vorsitzende.

Anlass zur Sorge

Hier bestehe allerdings Anlass zur Sorge, erläuterte Gross. Die von Gesetzen, Verordnungen und ausführenden Behörden vorgegebenen Rahmenbedingungen müssten den unterschiedlichen Verhältnissen auch gerecht werden. Wichtig sei die praktische Umsetzbarkeit eben nicht nur für große Konzerne, sondern auch für mittlere und kleine Unternehmen. Groß bezog sich dabei auf die Themen Unbundling, EEG sowie die von der Regulierungsbehörde geplanten Datenerhebungen im Rahmen der Genehmigung der Netznutzungsentgelte. Zusammen mit dem Bundeskartellamt und der Monopolkommission trete der VKU, so Gross, für die Stärkung dezentraler, eigenverantwortlich tätiger Versorgungsunternehmen ein.

Gefährliche Konkurrenz

Die Position der Stadtwerke sei umso bemerkenswerter, als die „Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen ungünstiger“ sind als für die großen Energiekonzerne, fuhr Groß fort. Er wolle in diesem Zusammenhang nicht nur von der „Zwangsjacke der Gemeindeordnung“ reden, die die kommunalen Unternehmen an der freien unternehmerischen Entfaltung hindere und die der Freistaat mit immer neuen Gesetzen und Verordnungen zunehmend enger schnüre. Ein

höchst aktuelles Beispiel sei der Entwurf des bayerischen Mittelstandsförderungsgesetzes, mit dem die mittelständischen Unternehmen vor der gefährlichen Konkurrenz der Stadt- und Gemeindeförderung geschützt werden sollen.

Zahlen sprechen Bände

Groß: „Wenn die Kommunen und die öffentliche Hand allgemein angesichts ihrer Finanznöte zu massiven Einschnitten im Haushalt gezwungen werden, dann trifft dies in erster Linie die mittelständischen Unternehmen. Und jeder Bürgermeister einer Stadt mit eigenen Stadtwerken wird bestätigen, dass in dieser Situation die Erträge der Stadtwerke die kommunalen Haushalte entlasten. Wenn wie in einer großen Stadt Bayerns, die Stadtwerke zwar bei weitem nicht das größte am Ort ansässige Unternehmen, aber der größte Gewerbesteuerzahler sind, wenn Stadtwerke in Bayern im vergangenen Jahr fast 240 Mio. Euro Konzessionsabgabe abgeführt haben, so spricht das für sich.“

Daseinsvorsorge

Nachdrücklich wies Groß Forderungen nach Liberalisierung und materieller Privatisierung der Wasserwirtschaft zurück. Wasser sei als Lebensmittel keine beliebige Handelsware, sondern unverzichtbare Lebensgrundlage. Wasserversorgung stelle traditionell eine Kernaufgabe der kommunalwirtschaftlichen Daseinsvorsorge dar. Die dezentrale Struktur habe in der Vergangenheit eine im internationalen Vergleich beispielhaft hohe Trinkwasserqualität und flächendeckende Versorgungssicherheit gewährleistet. Ebenso wende sich der VKU gegen Bestrebungen, die Abwasserentsorgung zu liberalisieren, sagte der Vorsitzende. Zu einem funktionierenden Gemeinwesen gehöre als Pflichtaufgabe der Kommune eine ordnungsgemäße und sichere Abwasserentsorgung.

Wasserversorgung

Die Weichenstellung, ob die Aufgabe der Wasserversorgung durch ein eigenes kommunales Unternehmen, in Kooperation mit anderen Kommunen oder durch Einbindung privater Anbieter gesichert werde, dürfe allein der kommunalen Entscheidungshoheit unterliegen. Das hohe Niveau der deutschen Wasserversorgung solle nicht durch Liberalisierung gefährdet, sondern durch Modernisierung gehalten und verbessert werden, führte Groß abschließend aus.

Vorstandswahlen

Auf der Mitgliederversammlung wurden der Landesgruppenvorstand, der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden für eine Amtszeit von vier Jahren neu bestimmt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Dr. Hammer, Andreas Eder, Roland May und Claus Müller. **DK**

DaimlerChrysler Omnibusse:

Großauftrag aus Istanbul

Stuttgart/Istanbul - DaimlerChrysler Omnibusse und die Istanbul Verkehrsbetriebe IETT (Istanbul Elektrik Tramvay ve Tünel) unterzeichneten in Istanbul einen Vertrag über die Lieferung von 450 Stadtbussen. Der Großauftrag besteht aus 350 Solo-Fahrzeugen und 100 Gelenkbussen vom Typ Mercedes-Benz Citaro aus Mannheimer Produktion, die im Laufe des Jahres 2005 ausgeliefert werden sollen. Das Gesamtvolumen des Auftrages beträgt über 100 Millionen Euro.

Wolfgang Diez, Leiter des Geschäftsbereichs DaimlerChrysler Omnibusse: „Der Großauftrag von IETT unterstreicht die erfolgreiche Kooperation zwischen der Türkei und Deutschland innerhalb unseres europäischen Produktions- und Lieferverbands. Mit den modernen Niederflurbussen setzt IETT einen neuen Standard im öffentlichen Personennahverkehr in dieser Region.“

Erstmals in der Türkei werden mit den Citaro Stadtbussen niederflurige Busse für den Einsatz im Istanbul Linienverkehr geordert. Sie lösen die bisherigen Hochbodenbusse ab und setzen durch ihre Niederflurigkeit neue Standards im türkischen Stadtlinienverkehr. Der Mercedes-Benz Citaro ist die erfolgreichste Niederflurlinienbus-Familie in Europa. Im Herbst 2004 rollte bereits der 10 000ste Citaro vom Band. Allein im Jahr 2004 verkaufte sich der Mercedes-Benz Citaro über 2 500 Mal. Der Citaro setzt durch seine Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit Maßstäbe in seinem Segment.

Passagiere schätzen die fahrgastfreundliche Niederflur-Technik und den hellen und freundlich gestalteten Innenraum mit großzügiger Stehhöhe sowie einer leistungsstarken Klimatisierung. Der Citaro verfügt zudem über das Elektronische Brems-System (EBS) mit Scheibenbremsen rundum und ABS. Die Betreiber profitieren mit dem Citaro von gleichermaßen leistungsstarken wie wirtschaftlichen Motoren, der wartungs- und reinigungsfreundlichen Bauweise und der hohen Fahrgast-Beförderungskapazität.

Die Istanbul Verkehrsbetriebe IETT befördern mit einer Flotte von mehr als 2 500 Bussen rund 1,5 Millionen Fahrgäste pro Tag auf 475 Linien. Jeder Bus wird täglich von durchschnittlich 600 Passagieren genutzt. Seit Anfang 1997 hat IETT ausschließlich Busse von Mercedes-Benz gekauft. Jedes fünfte Fahrzeug von IETT trägt bereits heute den Mercedes-Stern. **◊**

Neue Lkw-Spiegel gegen toten Winkel

Ab sofort serienmäßig in den Lkw Mercedes-Benz Axor und Atego

Die Tage des „Toten Winkels“ sind gezählt. Eine erheblich verbesserte Sicht auf die Bereiche seitlich links und rechts des Lkw und somit eine weitgehende Eliminierung des toten Winkels bietet das neue Spiegelsystem, mit dem DaimlerChrysler ab sofort die beiden neuen Lkw-Baureihen Atego und Axor von Mercedes-Benz serienmäßig ausstattet. Die komplett überarbeiteten Spiegel haben einen verbesserten Wölbungsradius und erfüllen bereits heute die erst ab dem Jahr 2007 gültige neue EU-Richtlinie.

Das neue Spiegelsystem ermöglicht es dem Lkw-Fahrer, genau die Fahrzeuge, Gegenstände und vor allem aber Passanten, Kinder und Radfahrer zu erkennen, die sich bisher im so genannten „Toten Winkel“ seitlich des Lkw aufhielten und damit für ihn in seinen Rückspiegeln schlichtweg nicht erkennbar waren. Mit den neuen Spiegeln kann der Fahrer einen erheblich größeren Bereich neben dem Fahrzeug einsehen - die typische kritische Situation des Lkw-Anfahrens an der Ampel mit Abbiegewunsch des Lkw-Fahrers und seitlich haltenden/kreuzenden Radfahrern und Passanten wird damit deutlich entschärft.

Das neue Spiegelsystem besteht aus folgenden Komponenten: Auf Fahrer und Beifahrerseite jeweils ein Haupt- und Weitwinkelspiegel und ein zusätzlicher Rampenspiegel, der auf der Beifahrerseite oberhalb der Tür installiert ist. Der Rampenspiegel ist entscheidend dafür verantwortlich, dass das Umfeld bis zum Stoßfänger, Beifahrertür und der Bereich der Vorderreifen - und die sich in diesem Bereich befindlichen Personen und Gegenstände - deutlich vom Fahrer wahrgenommen werden können.

Mehr Sicht nach hinten bekommt der Fahrer des neuen

Mercedes-Benz Atego und Axor durch das überarbeitete Spiegelsystem, das jeweils auf Fahrer- und Beifahrerseite aus dem Rückfahr- und dem Weitwinkelspiegel besteht. Mit ihrer um 50 Millimeter weiter nach außen verlagerten Position verbessern diese die Sicht nach hinten schon ganz erheblich. Der Weitwinkelspiegel zeigt dem Fahrer den Bereich der Hinterachse, da besonders beim Abbiegen nach rechts Verkehrsteilnehmer sich nicht in unmittelbarer Nähe neben der Lkw-Seite und Hinterachse befinden sollten.

Größeres Sichtfeld

Des Weiteren vergrößert sich das Sichtfeld durch den Einsatz von Spiegelgläsern mit verbessertem Wölbungsradius bei allen drei Spiegeln noch einmal. Mehr Sicht rundum heißt Verringerung des toten Winkels, ein Ziel, das auch der serienmäßige Weitwinkelspiegel auf der rechten und linken Fahrzeugseite mit seiner neuen Position unterhalb des Hauptspiegels erfüllen hilft. So erfüllen die neuen Spiegel schon heute die künftig verbindlichen Anforderungen der novellierten EU-Regelung 2003/ 97/EG. Mit dieser Regelung wird eine Verringerung des toten Winkels erreicht. **◊**

Internationale Handwerksmesse (I.H.M.) vom 10. bis 16. März 2005:

Handwerker zwischen Karriere und High-Tech

Erstmals Vorstellung der Imagekampagne „Ohne Meister Scheibenkleister“ Informationszentrum UmweltWirtschaft Bayern zeigt neues Internetangebot

Auch auf der diesjährigen Internationalen Handwerksmesse (I.H.M.) vom 10. bis 16. März 2005 in München informieren und beraten bayerische Handwerkskammern die Besucher zu den Themen Aus- und Weiterbildung, Umwelt und Innovation sowie Betriebs- und Außenwirtschaftsberatung. Der Gemeinschaftsstand der bayerischen Handwerkskammern (Stand 117/228) befindet sich in der Halle A4. Kompetente Berater aus den Kammern stehen während der gesamten Dauer der Messe als Gesprächspartner für alle Fragen rund ums Handwerk und auch zu Einzelberatungen zur Verfügung.

Jugendliche und deren Eltern erfahren alles Wissenswerte zum Thema Ausbildung und Karriere im Handwerk und bekommen wertvolle Tipps zur Lehrstellen-suche. Infos gibt es darüber hinaus zum Weiterbildungsangebot der Handwerkskammern, insbe-

sondere zum Erwerb des Meisterbriefs.

Vorgestellt wird zudem die Imagekampagne des Bayerischen Handwerks „Ohne Meister Scheibenkleister“. Zu sehen gibt es darüber hinaus „Starke Stücke von Gesellen“, prämi-

te Gesellenstücke vom Praktischen Leistungswettbewerb der Handwerksjugend. Eine „Transferstraße als mechatronisches System“ montiert Bonbondosen als süßes Give-away für die Messebesucher.

Thema Umweltschutz

Auf dem Stand der bayerischen Handwerkskammern dreht sich heuer auch viel um das Thema Umweltschutz. So gibt es etwa Infos zum Thema „Nutzung der Abwärme“ mit einem „Sorptionspeicher“ und „dezentrale Stromversorgung mit Holz“ durch einen Holzvergaser mit Sterlingmotor. Zudem wird das Internetangebot des Informationszentrums UmweltWirtschaft Bayern (IZU) vorgestellt.

Es wird informiert über Neue Technologien wie CFK-Technologie (Carbon-Faser-Kunststoffe) und deren Einsatzmöglichkeiten im Handwerk, über Förderprogramme, Gründung technologieorientierter Unternehmen, Patent- und Gebrauchsmuster sowie die Anbahnung von Kontakten zu Forschungseinrichtungen.

Als Beispiele aus der Praxis für die Praxis wird u. a. der originale, 610 PS starke R8 von Audi vorgestellt, der viermal

hintereinander das legendäre 24-Stunden-Rennen von Le Mans gewonnen hat. Bei der Entwicklung und Herstellung der ultraleichten CFK-Karosserie war ein Handwerksunternehmen mit Modellen und Formen dafür maßgeblich beteiligt.

Attraktive Sachpreise

Beim Thema Existenzgründung und -sicherung sowie Außenhandel geht es um Finanzierung, Betriebsübergabe, Handwerk und Recht, Finanzierung und Absicherung von Auslandsgeschäften, Dienstleistungen im Ausland, Warenlieferungen ins Ausland, sowie Hilfe bei der Suche nach Kooperationspartnern im Ausland. Die LfA Förderbank Bayern bietet alle Informationen zu öffentlichen Förderprogrammen. Mitmachen und ihr betriebswirtschaftliches Wissen unter Beweis stellen können die Besucher beim Handwerker-Quiz, bei dem es attraktive Sachpreise zu gewinnen gibt.

„Kammertage“

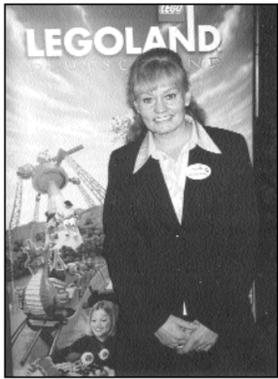
An den sog. Kammertagen stehen Experten und hochrangige Vertreter der jeweiligen Handwerkskammer Rede und Antwort: 10.03.: Handwerkskammer für Mittelfranken, 11.03.: Handwerkskammer für Unterfranken, 12.03.: Handwerkskammer für München und Oberbayern, 13.03.: Handwerkskammer für Schwaben, 14.03.: Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, 15.03.: Handwerkskammer für Oberfranken und 16.03.: nochmals Handwerkskammer für München und Oberbayern.

Neue Attraktionen im „Legoland Deutschland“

Lotte Franch Wamberg neue Geschäftsführerin „Tag der Region“ zum Saisonstart

Günzburg. Die neue Saison in „Legoland Deutschland“ in Günzburg startet am Samstag, 19. März, und dauert bis 6. November. Verbunden ist der Auftakt eine Woche vor Ostern mit dem „Tag der Region“. Dieser wird zum dritten Male gemeinsam veranstaltet von „Donautal-Aktiv“ in Zusammenarbeit mit Regionalmarketing Günzburg GbR und Legoland.

Das Leitwort heißt „Tag der Region - eine Region in Bewegung“.



Lotte Franch Wamberg.

Attraktives Donautal

Eingebunden in das Programm sind vornehmlich auch Aussteller aus dem „Schwäbischen Donautal“, Kommunen, Vereinigungen, Firmen, Schulen und Künstlergruppen. Die Attraktivität des Donautales soll vielfältig zur Geltung kommen. Informationen sind möglich bei Donautal-Aktiv in Bächingen/Brenz (Telefon: 07325/951957 bzw. Fax -59).

Die Saison 2004 konnte im „Legoland Deutschland“ am 9. Januar 2005, nach der Weihnachts- und Neujahrs-Sonderöffnung, mit einem Rekordergebnis von 1.35 Millionen Gästen abgeschlossen werden. In dieser dritten Saison wurden 80 Prozent der Besucher aus

Bayern und Baden-Württemberg, 20 Prozent aus den anderen Bundesländern und zehn Prozent aus dem Ausland registriert.

17 Partner-Hotels

Für das Jahr 2005 wurde die Zusammenarbeit mit den Hotels und Gasthöfen in der Umgebung erweitert. Die Zahl der Legoland-Partner-Hotels wurde um vier auf 17 gesteigert. Buchungen sind möglich über den Reisepartner Legoland-Tours. 2005 bietet der Freizeitpark neue Attraktionen, u. a. im Miniland.

Perspektiven

Ende des Jahres 2004 wurde als neue Leiterin von „Legoland Deutschland“ Lotte Franch Wamberg berufen. Seit 16 Jahren ist sie Mitarbeiterin von Legoland. Die verheiratete zweifache Mutter wurde 1965 in Odensee (Dänemark) geboren. Gleich nach dem Ingenieurstudium an der Universität Odensee ging sie zu Legoland, wo sie vor ihrer Berufung nach Deutschland zwei Jahre lang den Legoland-Park in Billund leitete.

Den angekündigten Verkauf der Legoland-Parks in Dänemark, England, Deutschland und den USA durch den Mutterkonzern kommentierte Lotte F. Wamberg optimistisch. Es eröffneten sich neue Perspektiven. Die Besucher würden von den Veränderungen nichts merken. **Text und Bild: -jdt-**

Landkreis Bamberg:

Auf dem Weg zum familienfreundlichen Prädikat

Der Landkreis Bamberg befindet sich konsequent auf dem Weg zu einer Region mit dem Prädikat „besonders familienfreundlich“. Diesem Ziel hat sich vor allem der Familienausschuss verschrieben. In seiner jüngsten Sitzung konnte er erste wichtige Ergebnisse seiner Projektgruppen zum Thema „flächendeckende Betreuungsangebote“ verzeichnen. Mit der Frage ausreichender Informations-, Beratungs- und Begegnungsmöglichkeit für Eltern und Familien wird sich schon bald eine neue Projektgruppe befassen.

Aus der Überlegung heraus, dass junge Familien bei ihrer Wohnortsuche Informationen über die Betreuungsangebote der jeweiligen Gemeinde einholen und dabei das Medium Internet immer häufiger genutzt wird, entwickelte eine Projektgruppe eine detaillierte Darstellung der Betreuungsangebote durch Kinderkrippen, Kindergärten und -horte im Internet.

Familienförderpreis

Nach einem Probelauf können die Menü-Seiten in Kürze für die Öffentlichkeit frei gegeben werden. Familien mit Kindern finden hier Angaben beispielsweise zu den Betriebszeiten der einzelnen Einrichtungen im Landkreis, zu schulischen Angeboten, Mittags- oder Ganztagsbetreuung.

Noch heuer soll ein Familienförderpreis vergeben werden. Er wird ein besonders familienfreundliches Unternehmen oder eine besonders familienfreundliche Einrichtung im Landkreis auszeichnen. In Vorbereitung dazu erarbeitete eine weitere Projektgruppe mit der 11. Klasse für Mediengestaltung der Berufsschule II ein Logo für den Wettbewerb, der im Frühjahr starten soll. Außerdem wurden die sechs Jurymitglieder bestimmt, die zusammen mit Landrat Dr. Günther Denzler das Unternehmen bzw. die Einrichtung auswählen werden.

Erziehungsangebote

Darüber hinaus befassten sich die Ausschussmitglieder mit dem Konzept des „Familientreffs Negeleinstraße“ in Kulmbach. Dabei handelt es sich um ein Projekt der Geschwister-Gummi-Stiftung in Kooperation mit dem Landkreis und der Stadt Kulmbach. Der Treffpunkt bietet Räumlichkeiten an, in dem die verschiedensten Angebote rund um das Thema Erziehung Platz finden. Die Ausschussmitglieder hatten die Einrichtung im Herbst besichtigt, waren von der Idee so überzeugt, dass sie eine neue Projektgruppe beauftragten, Ähnliches auch für den Landkreis Bamberg zu planen.

„Sozialkoordinatoren“

Bei den Jugendbeauftragten in den Gemeinden war nachgefragt worden, wie man den Bedarf an „Sozialkoordinatoren“ einschätze. Gedacht war daran, in den Gemeinden Ansprechpartner in erzieherischen und sozialen Fragen zu installieren, die bei Problemen Kontakte vermitteln oder über Hilfsangebote informieren. Obwohl die Resonanz bei der schriftlichen Umfrage verhalten war, hielt der Ausschuss die Angelegenheit doch für so wichtig, dass er sie an die Projektgruppe zurückverwies mit dem Auftrag, ein verändertes Konzept zu entwickeln.

Im Jahr 2005 werden darüber hinaus die Maßnahmeempfehlungen der Jugendhilfeplanung

zum Teilbereich „Förderung der Erziehung in der Familie“ wichtige Anregungen für die künftige inhaltliche Arbeit des Ausschusses sein.

Der Familienausschuss ist ein Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses des Kreistages und wurde im Frühjahr 2003 ins Leben gerufen. Ihm gehören neben Kreistagsmitgliedern auch Vertreter/innen aus Vereinen und Trägern der freien Jugendhilfe sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landratsamtes an. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Florian Hahn (KPv)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführer:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Chiemseekonferenz in Übersee:

„Bayerisches Meer - ein See mit Zukunft?“

Die zehn Gemeinden am und im Chiemsee weisen eine Reihe gemeinsamer Interessen auf. Sie werden gebündelt im Abwasser- und Umweltverband Chiemsee, der Ende 2004 erneut zur Chiemseekonferenz einlud. Seit vielen Jahren wird diese in regelmäßigen Abständen mit einem prominenten Hauptredner und vielen Diskussionsbeiträgen durchgeführt. Das Thema der Tagung in Übersee lautete: „Bayerisches Meer - ein See mit Zukunft?“

Am Chiemsee wird das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung konkret und greifbar, betonte Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller zum Auftakt der Konferenz. Müller zufolge hat sich die Chiemseekonferenz in den 14 Jahren ihres Bestehens bewährt. Gewässerentwicklungsplan und Chiemsee-Agenda seien Meilensteine, die die Chiemsee-Region auch in Zukunft als attraktiven Lebens- Wirtschafts-, Erholungs- und Naturraum erhalten.

Es sei eine große Herausforderung gewesen, die Nutzung und den Schutz des Chiemsees in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Dies sei inzwischen

dank der hervorragenden Zusammenarbeit aller Beteiligten mit Bravour gelungen.

Nachhaltige Entwicklung

Herausragende Beispiele für die Umsetzung des Leitbilds 'Nachhaltige Entwicklung' fanden sich rund um den Chiemsee, fuhr die Politikerin fort: „Der Schutz der Vögel, Fische und des Schilfbestandes wurde am Runden Tisch mit den touristischen Nutzungsansprüchen so ausgewogen in Einklang gebracht, dass weiterhin rund 94 Prozent der Seefläche der Naherholung zur Verfügung stehen können.“ Als weitere Beispiele

partnerschaftlichen Miteinanders nannte sie die Einrichtung alternativer Radwege am Ostufer in der Gemeinde Chieming, um Spaziergänger auf den schmalen Uferwegen vor Unfällen zu schützen und die Errichtung von Vogelbeobachtungsplattformen für die Besucher in den Gemeinden Grabenstätt und Übersee. „Ziel ist es, Schutzbestrebungen und Nutzungsansprüche wie beispielsweise Arten- und Naturschutz, Fischfang und touristische Nutzung in Einklang zu bringen“, betonte Emilia Müller.

Gestärkter Wirtschaftsraum

Wie Florian Hoffmann, Vorsitzender des Abwasser- und Umweltverbandes Chiemsee, bemerkte, „hat der Zweckverband mit all seinen Maßnahmen und Projekten dem Chiemsee eine Zukunft gegeben“. Egal ob Wasser, Luft oder Boden - der Chiemsee und sein Umland böten den dort lebenden Menschen eine hervorragende Lebensqualität. „Mit unseren Aktivitäten stärken wir den regionalen Wirtschaftsraum und schaffen insgesamt gute Voraussetzungen für den Tourismus“, stellte Hoffmann fest.

Das Zukunftsprogramm des Verbandes, so Hoffmann weiter, beinhaltet eine neue Förderung der Umweltpädagogik sowie das Projekt „Innovation 2010“. Vorgehen ist, bekannte Naturführungen am Chiemsee speziell den Schulen der Gemeinden bzw. Landkreise zu günstigeren Preisen anzubieten. Ziel ist es, Kindern Landschaft und Natur vor Ort zu lehren, damit eine neue Heimatverbundenheit entstehen kann.

„Innovation 2010“

„Innovation 2010“ wiederum soll ein Netzwerk der zehn Chiemseegemeinden werden. Aufbauend auf der bisherigen Zusammenarbeit sollen alle Kräfte von Bürgermeistern, Gemeinderat und Agenda-Arbeitskreisen gebündelt werden, um eine neue Zielsetzung für die Region zu erarbeiten.

Laut Kaspar Öttl, Erster Bürgermeister der Gemeinde Aschau i. Chiemgau, und Beiratsvorsitzender der Chiemsee Tourismus KG, umfasst das Gebiet der Chiemsee KG 19 Gemeinden. In dieses Gebiet reisen jährlich 450.000 Gäste, das bedeutet wiederum rund 2,5 Mio. Übernachtungen. Die Übernachtungszahlen sind in den vergan-

Außenbordmotor, Netzen und Paddel. Darüber hinaus sollen auch der Wiederaufbau von Schulen bzw. der Schulbedarf der betroffenen Kinder sichergestellt werden. Hierzu wird in den nächsten Tagen in den Dörfern die Bedarfsaufnahme der benötigten Hilfe abgeschlossen, um eine gemeinsame Koordination der Maßnahmen zu ermöglichen. Die Hilfsorganisationen stehen auch in engem Kontakt mit den staatlichen Behörden in Indien im Distrikt Kanyakumari, um die Würzburger Hilfsmaßnahmen und die staatlichen Hilfen aufeinander abzustimmen.

Spontanes Engagement

Dankbar zeigte sich die Oberbürgermeisterin für das Engagement der Modelfirma S. Oliver aus Rottendorf, die sich spontan bereit erklärte, diese lokale Partnerschaft mit einem größeren Betrag zu unterstützen.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Jetzt haben alle Pharisäer und Scheinheilige wieder ein Thema, an dem sie ihre verlogene höhere Moral abarbeiten können.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist sichtlich genervt von der anhaltenden Diskussion über Nebeneinkünfte von Politikern und die Angemessenheit von Gehältern.

Dabei ist die Sache bei Bemühung des gesunden Menschenverstands doch ganz einfach: Wenn ein Politiker von einem Unternehmen Geld bekommt ohne eine Gegenleistung zu erbringen, dann muss er seinen Wählern das erklären. Wenn jemand arbeitet und Leistung erbringt, geht die Höhe der Vergütung nur ihn und seinen Auftraggeber an. Aber was machen wir in Deutschland? Wir stellen jeden unter Generalverdacht, der neben der Erfüllung seines Mandats noch einer bezahlten Beschäftigung nach-



land heißt es gleich „Was bekommt der so viel Geld für das bisschen, das er leistet.“

Nicht anders ist es doch bei Nebenjobs von Parlamentariern. Wer hat in den vergangenen Wochen mal die Frage gestellt, ob Abgeordnete, die noch irgendwo einen zweiten Schreibtisch haben, nicht vielleicht besondere Qualifikationen haben oder besondere Interessen auf rechlichem oder wirtschaftlichem Gebiet? Bei manchem mag dies zutreffen, bei anderen ist es nur Abzocke. Aber die Frage muss doch ohne Vorurteile gestellt werden dürfen.

Ich jedenfalls misstraue vehement der Forderung, Politiker dürften keine Nebenjobs haben, sondern sie sollten sich ganz und gar auf ihr Mandat konzentrieren. Bei Abgeordneten, die so etwas fordern, habe ich immer den Eindruck, sie tun dies aus Mangel an Gelegenheit. Motto: Die Trauben sind mir zu sauer. Und alle anderen sollten sich überlegen, ob sie wirklich Volksvertreter wollen, die nur ihren parlamentarischen und parteipolitischen Elfenbeinturm und nicht auch die Verhältnisse draußen kennen. Ich will Abgeordnete, die das Leben auch aus der Sicht des Ehrenamtes kennen und aus der Sicht der Berufstätigkeit. Denn der Politiker, der die Brücken zu seiner bisherigen Arbeitswelt nach Mandatsannahme abbricht oder vielleicht sogar noch nie vernünftig gearbeitet hat, ist ein Sklave der Politik, der politischen Interessen und im Extremfall der Partei, die ihn aufstellt. So jemand ist viel weniger frei als der, der in einer Anwaltskanzlei, in einer Bank oder einem Unternehmen weiter ein Standbein hat.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist genervt von der Diskussion und der Selbstverständlichkeit, mit der heutzutage Politikern und Wirtschaftsbossen Unredlichkeit und Maßlosigkeit in finanziellen Fragen unterstellt wird. Er tippt auf das heutige Kalenderblatt mit einer Erkenntnis Shakespeares: „Neid erzeugt gehässige Irrung.“

Wenn Neid gehässige Irrung erzeugt

geht. Flugs werden diese Leute von einschlägig bekannten Presseorganen und selbstlosen Kollegen in die Korrupti-Ecke gestellt, worauf die vereinigten Scheinheiligen Deutschlands ein Ansteigen der Politikverdrossenheit beklagen, die sie durch ihre eigenen Pauschalurteile erst nähren.

Aber der Neid ist halt eine mächtige Gefühlslage in unserem Land und Triebfeder für allerlei Unsinn. Und nicht nur einfache Naturen sind anfällig für Neidattacken, sondern auch blitzgescheite Leute wie unsere Vizebürgermeisterin Claudia Elfer. Sie agitiert seit einigen Wochen heftigst dafür, dass alle Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften ihre Gehälter offen legen und alle politischen Mandatsträger ihre Nebeneinkünfte angeben sollen. Ja warum denn, frage ich. Es geht die Öffentlichkeit doch einen feuchten Kehricht an, was man verdient. Denn schließlich sind wir nicht in den USA, wo man mit solchen Informationen unbefangen umgeht. Aber dort wird ein hohes Gehalt auch mit den Worten kommentiert „der Bursche muss gut im Job sein, wenn er so viel verdient“. In Deutsch-

the Sabina



Für 1.000 Euro kann bereits ein Haus entstehen, 600 bis 800 Euro kostet ein Fischerboot. Bei den ausgesuchten Fischerdörfern handelt es sich um die Dörfer Muttam, Kelamanakud und Mellamanakudi mit ca. 1.500 betroffenen Familien.

Den Fischern eine Zukunft

Würzburg hilft beim Wiederaufbau im Distrikt Kanyakumari an der Südspitze Indiens

Würzburg hilft: Gemeinsam mit der Deutschen Leprosen- und Tuberkulosehilfe (DAH), dem Missionsärztlichen Institut Würzburg, den Claretiner Missionaren, der Gemeinschaft der Missionshelferinnen und der Zeitungsgruppe Main-Post startet die Stadt Würzburg eine Partnerschaft für den Wiederaufbau an der südlichsten Spitze Indiens im Distrikt Kanyakumari im Bundesstaat Tamil Nadu.

Auf Initiative der Oberbürgermeisterin, Dr. Pia Beckmann, wurde in den letzten Tagen das Netzwerk der genannten Organisationen geschaffen und die Einzelheiten der Hilfe besprochen. Alois Pöschmann, ehrenamtlicher Präsident der DAHW, war in der letzten Woche vor Ort. Bei den ausgesuchten Fischerdörfern handelt es sich um die Dörfer Muttam, Kelamanakud und Mellamanakudi mit ca. 1.500 betroffenen Familien.

Langfristige Unterstützung

Oberbürgermeisterin Beckmann: „Nach der riesigen Hilfsbereitschaft der Deutschen für die unmittelbare Nothilfe und Erstversorgung zu spenden, geht es jetzt um eine langfristige Unterstützung. Wir kommen gerne der Aufforderung des Bundeskanzlers nach, eine regionale Partnerschaft zu übernehmen. Das in der Region Würzburg gespendete Geld wird durch die Würzburger ansässigen Organisationen ganz gezielt für den Wiederaufbau im Distrikt Kanyakumari eingesetzt.“

Neben der Stadt Würzburg

beteiligt sich auch der Landkreis Würzburg an der Partnerschaftsaktion und dem Spendenaufruf. Landrat Waldemar Zorn sagte seine volle Unterstützung zu. „Durch die Einbindung und die Zusammenarbeit mit den Würzburger Organisationen, die den Hilfebedarf erheben und den Einsatz der Mittel vor Ort überwachen, haben wir eine echte lokale Partnerschaft von Stadt und Landkreis mit den Dörfern vor Kanyakumari“, zeigt sich Landrat Zorn überzeugt von der Zusammenarbeit.

Gemeinsame Koordination

Die meisten der Opferfamilien in den genannten Dörfern sind Fischer, die ihre Existenzgrundlage verloren haben. „Um den Menschen nun eine neue Perspektive zu geben, ist die Wiederbeschaffung der Ausrüstung für die ansässigen Fischer unerlässlich. Nur so können sie wieder auf eigenen Beinen stehen und ihren Lebensunterhalt selbst sichern“, so Alois Pöschmann.

Für 1.000 Euro kann bereits ein Haus entstehen, 600 bis 800 Euro kostet ein Fischerboot mit

genen Jahren rückläufig, zur Zeit verzeichnet man ca. 5,5 % weniger als im Vorjahr. Betrachte man die gesamttouristische Wertschöpfung im Gebiet, so kommt der Tourismus auf rund 220 Mio. Euro jährlich. Davon entfallen ca. 160 Mio. Euro auf den Übernachtungs-Tourismus und ca. 60 Mio. Euro auf Tagesbesucher.

Die beste Werbung

Öttl wertete die Chancen, auf dem nationalen und internationalen Tourismusmarkt bestehen zu können, als „gut“. Wichtig sei nur, „die Gäste, die zu uns kommen, auch zu wollen“. Freundlichkeit sei die beste Werbung - „und vor allem, sie kostet nichts“.

Auch andere Firmen haben bereits gute Ideen zur Unterstützung: So leisteten die Mitarbeiter der Firma Hensel Fahrzeugbau in Waldbrunn Extraarbeitsstunden und Inhaber Hensel kann aufgerundet insgesamt einen Betrag in Höhe von 2.500 Euro überweisen.

Jede Aktion und jeder Beitrag zählt

„Jede Aktion und jeder Beitrag zählt und das Geld wird direkt von den Würzburger Organisationen in den Wiederaufbau der Dörfer vor Kanyakumari investiert“, versichert die Oberbürgermeisterin und bittet um Unterstützung der lokalen Partnerschaft von Stadt und Landkreis Würzburg.

Spendenkonto Nr. 33100 bei der Sparkasse Mainfranken Bankleitzahl 790 500 00, Stichwort und Adressat „Fluthilfe Würzburg“.

Für die Zukunft sei es dringend nötig, die touristischen Kräfte dort zu bündeln, wo immer es Sinn macht, betonte der Rathauschef. Die zum Teil noch bestehende Kirchturmpolitik müsse noch mehr abgebaut werden. Nicht jede Gemeinde könne ein Hallenbad betreiben, um nur einen Punkt zu nennen. Benötigt werde zudem ein hochwertigeres Beherbergungsangebot, es fehlten einige größere Hotels. Sinnvoll sei auch eine Stärkung und Qualitätssicherung im gastronomischen Bereich. Der Gast erwarte das bayerische Wirtshaus.

Marke Chiemsee

Die Destination des Chiemsees - Marke Chiemsee - sei im Marketing noch mehr in den Vordergrund zu stellen; außerdem müsse die herausragende Landschaft, die ideale Kombination zwischen Seen und Bergen, als Grundlage des Tourismus erhalten bleiben. Kulturerlebnis, Familienurlaub, Urlaub auf dem Bauernhof, Sport, Wellness und Gesundheit seien ebenso wichtige Faktoren, die es noch auszubauen gilt.

Pflege der Auslandsmärkte

Sehr wichtig erscheint Öttl auch die Erkenntnis, „dass Zuwachsraten fast ausschließlich über den Auslandstourismus zu erzielen sind“. Die dauerhafte Bearbeitung und Pflege der wichtigsten Auslandsmärkte sei deshalb auch für die Chiemsee-Region wichtig. Ohne „Highlights“ komme eine Tourismusregion nicht aus. Trotzdem müsse daran gearbeitet werden, weitere touristische Anziehungspunkte mit überregionaler Bedeutung zu etablieren. Die Seebühne sei hierfür ein ausge-

zeichnetes Beispiel. Auch die geplante Saunalandschaft in Prien wäre für die Region von größter touristischer Wichtigkeit. Öttl: „Je professioneller wir agieren, desto besser können wir mithalten.“

Regionalwährung

Marlene Berger-Stöckl, Umweltbeauftragte des AZV Chiemsee, verwies darauf, dass das Hauptprojekt neben der Unterstützung nachhaltiger Tourismusformen die Chiemgauer Regionalwährung sei. Zweck sei die Stärkung der heimischen Wirtschaftskreisläufe durch heimisches Geld, das vor allem in den Geschäften eingesetzt wird, die ihre Produkte oder Dienstleistungen aus der Region beziehen. Dadurch werde ein Beitrag zum Erhalt der orts-nahen Geschäftsvielfalt und auch der Landwirtschaft (Direkterzeuger) geleistet. Eine Beteiligung der Gemeinden sei in Vorbereitung.

Zukunftsprofil aufbauen

Die Zukunft der Chiemseeagenda liegt Frau Berger-Stöckl zufolge im Ausbau konkreter Projekte, in der verstärkten Zusammenarbeit von Bürgern und Gemeinderäten rund um den Chiemsee und in der gemeinsamen Umsetzung von Tagungszielen. Übergeordnetes Ziel müsse es sein, „schrittweise ein Zukunftsprofil für die Chiemseegemeinden aufzubauen“.

Fazit: „Die Bürgermeister am Chiemsee sollten sich weiterhin die Bälle im Verband zuspielen und den Mut zur regionaltypischen Entwicklung - anhand unserer Stärken - aufbringen!“ Dieser Weg, so die Umweltbeauftragte, sei nachhaltig. **DK**

Neue Therme Bad Steben:

Mit allen Sinnen genießen

Bürgermeister Bert Horn: „Meilenstein in der Geschichte“

Nach einhalb Jahren Bauzeit ist die Therme Bad Steben eröffnet worden - das neue Gesundheits- und Wohlfühlbad im Naturpark Frankenwald. Laut Bürgermeister Bert Horn ist die Therme „unsere große Hoffnung für die Zukunft“. Sie bietet etwas, „was weit und breit keinen Vergleich hat und punktet mit Attraktionen, die es nur in Bad Steben gibt“.

Bad Steben kann einen Aufschwung gut gebrauchen. Durch die Gesundheitsreform sind die Gästezahlen nach unten gegangen - von einst 450.000 auf etwa 260.000 pro Jahr. Krankenkassen und Rentenversicherer schicken immer weniger Kurgäste in die Kliniken. So setzen die Verantwortlichen im Kurort auf selbst zahlende Gäste, die etwas für ihre Gesundheit tun wollen. Gab im Jahr 1970 ein durchschnittlicher Vier-Personen-Haushalt monatlich etwa 134 Mark für Freizeit und Gesundheit aus, so waren es im Jahr 2000 bereits 900 Mark. Im Jahr 2010, so rechnen Experten, werden es umgerechnet 1150 Mark sein.

Erlebnisswelten

Die Therme wirbt mit dem Slogan „...mit allen Sinnen genießen“. Im Pavillon des Hörens erleben die Besucher mit Light & Sound-Becken, Klangduschen und Echoturme facettenreiche Klangerlebnisse. Spürbare Erlebnisswelten tauchen wiederum auf im Pavillon des Fühlens mit Wasserfalldusche und Schieferdampfgrotte oder im Saunaland

mit uralten Kelo-Holzthütten. Sinnliche Düfte verführen die Gäste im Aroma-Dampfbad, in der Duftgrotte oder bei unterschiedlichen Aromamassagen. Kulinarische Genüsse bieten die Thermengastronomie sowie die Saunabar. Die wildromantische Natur des angrenzenden Kurparks, die unterschiedlichen Materialien und die inszenierenden Licht- und Gestaltungselemente der Architekturen betören das Auge mit immer neuen Eindrücken. Ergänzt wird das facettenreiche Spektrum durch zahlreiche Kurse und Programme für Gesundheit und Fitness zu Wasser und an Land sowie durch immer wieder neue Angebote und Events für Jung und Alt.

Dienstleistung

„Mit einer intensiven Dienstleistungs-Orientierung soll die Qualität der Anlage unterstrichen werden“, so Thermenleiter Markus Franz. Einzigartig sind die „Guest Relation Mitarbeiter“, die ausschließlich für die Betreuung der Besucher zuständig sind. „Das ist das Sahnehäubchen für unser anspruchsvolles Dienstleistungsangebot“, betont Franz. Eine optimale Ergänzung stellt das „medizinische Wellnesszentrum“ dar, das therapeutische Behandlungen und Wellness in einem ganzheitlichen Ansatz vereint. Beim „Rosen-Mineralbad“ oder bei einer sanften „Wohlfühl-Massage“ sind Stress und Alltag vergessen.

„Aufwertung für die Region“

Aufwertung für die Region

Hunderte von Besuchern waren im Dezember in die neue Therme Bad Steben gekommen, um sich einen ersten Eindruck vom einzigartigen neuen Konzept des „Wohlfühlbades“ zu verschaffen. Im Rahmen einer Feierstunde übergab Finanzstaatssekretär Franz Meyer den „Goldenen Schlüssel“ an Thermenleiter Markus Franz.

Der Staatssekretär beglückwünschte die Bad Stebener für die neue Therme und betonte, dass dies auch für den gesamten Frankenwald ein „Weihnachtsgeschenk“ sei und die gesamte Region aufwerte. Der Tourismus im Frankenwald solle die Chance nutzen, den Fremdenverkehr zu stärken. Die umliegenden Orte wie Naila, Selbitz, Hof, Kronach, Kulmbach, Bayreuth würden von der Therme profitieren. Diese soll den Wirtschaftsraum stärken, erklärte Meyer.

Der Freistaat Bayern habe, wie der Staatssekretär hervorhob, für den Ausbau des ehemaligen Jean-Paul-Bades zu einer gesundheitsorientierten Therme und Wellnessoase ein Paket von knapp 13 Millionen Euro geschnürt. Das Bayerische Staatsbad halte damit infrastrukturell Anschluss an die Konkurrenz und könne sich als moderne

und gesundheitsorientierte Touristikdestination mitten im Zentrum Deutschlands darstellen. Dieses diene auch dem Wohle und Nutzen der gesamten touristischen Region Frankenwald. Mit der Therme könnten auch neue Zielgruppen an Gästen angesprochen werden. Seit über 500 Jahren gibt es bereits in Bad Steben Heilquellen, seit 1832 ist es Bayerisches Staatsbad.

Gleichzeitig warnte Meyer vor der fatalen Fehleinschätzung, dass Bäderinvestitionen alleine die Gäste in den Ort spülen. Bäder oder Thermen könnten nur Impulsgeber sein. Insbesondere zum modernen Wellness-Urlaub gehörten dazu auch unverzichtbar qualitativ hochwertig ausgestattete Hotels und ein entsprechender Service. Es sei daher notwendig, dass die in Bad Steben aktiven, privatwirtschaftlichen Unternehmen auch weiterhin durch eigene Investitionen das Engagement des Freistaates nachhaltig flankierten und so die Wirtschaftskraft vor Ort dauerhaft stärkten.

Die Reise lohnt sich

Die neue Therme Bad Steben wurde nach den Angaben Meyers von dem Münchner Prof. Rudolf Wienands konzipiert und dem Architekturbüro Lauer + Lebok aus Lichtenfels mit hoher Kreativität und Einsatzbereitschaft umgesetzt. Meyer zeigte sich überzeugt, dass „die neue Wellness- und Gesundheitsoase den Anforderungen der Gäste in allen Belangen gerecht wird. Die Therme bietet beste Bedingungen, das Staatsbad zu genießen, auszuspannen, neue Lebenskräfte zu schöpfen und fit und erholt wieder in den Alltag zu gelangen. Dieses attraktive Thermenangebot lohnt die Reise nach Bad Steben!“

Kurgäste, gesundheitsorientierte Urlauber, aber auch die Bürger des Marktes und der Re-

Verkäufe

gion sollten dabei natürlich auch nicht versäumen, das Staatsbad in seiner Vielfältigkeit und seinen Möglichkeiten zu entdecken. „Sicher bekommen Sie dann sogar ‚Lust auf mehr‘ im und am Staatsbad. Ich jedenfalls kann Ihnen einen Aufenthalt nur wärmstens ans Herz legen“, untermauerte Meyer seine Hoffnung, dass sich eine Vielzahl von neuen Gästen durch die neue Therme nach Bad Steben locken lassen wird.

Ein Meilenstein

Bürgermeister Bert Horn nannte die Therme als einen Meilenstein in der Geschichte Bad Stebens. Auch Landrat Bernd Hering war voll des Lobes und sprach von einem Jahrhundert-Ereignis für den ganzen Landkreis Hof. Mit dieser neuen Einrichtung sei Bad Steben zum führenden Wellness-Ort in Bayern aufgestiegen. **DK**

Spielbank Bad Reichenhall:

Neuer Glanz zum 50. Geburtstag

Sanierung für 2,3 Mio. €

„Neuer Glanz - mehr Flair! Spielsäle und Foyer wurden neu gestaltet, das Automaten-spiel um attraktive Angebote erweitert. Die „runderneuerte“ Spielbank Bad Reichenhall präsentiert sich pünktlich zu ihrem 50. Jubiläum anziehender denn je“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Meyer bei der Eröffnung der neu gestalteten Räume fest.

Für rund 2,3 Millionen Euro sei in Bad Reichenhall kräftig gebaut und saniert worden. Mit dem Umbau sei insgesamt ein attraktiver und angemessener Rahmen für eine weitere Aufwärtsentwicklung der staatlichen Spielbank geschaffen worden. **DK**

Vorschau auf GZ 4

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 4, die am 24. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ EDV - Technik und Ausstattung
- ≪ Abfallwirtschaft und Recycling
- ≪ Umweltschutz
- ≪ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung